

TagesWoche



N° 22

Freitag, 01.06.2018

CHF 5.-

WOHNHORROR

Wohnungsnot

Ob arm oder reich:
Wer in Basel eine Bleibe
sucht, erlebt Albträume.

An underwater photograph showing a large manta ray on the left and a crumpled white plastic bag on the right. The background is a clear blue-green ocean with some coral visible at the bottom.

Unersetzbar.

Unzersetzbar.

Es dauert 500 Jahre, bis sich Plastikabfall zersetzt. Unsere Ozeane drohen zu gigantischen Mülldeponien zu werden – mit tödlichen Folgen für die Meeresbewohner.
Unterstützen Sie unsere Kampagne für saubere Meere: ocean care.org



TagesWoche



Für alle, die sich ihre
Meinung selber machen.

**Offenheit, Meinungsvielfalt und
Unabhängigkeit. Wie viel ist Ihnen das wert?
Abonnieren Sie jetzt.**

Informieren Sie sich auf www.tageswoche.ch/abo

Schallschutz / S. 26

FOTO: ELENI KOUGIONIS



Eine neue Verordnung will Bands und Beizen einen Dämpfer verpassen. Einzige Ausnahme: die Guggen. Der praxisferne Plan sorgt weitherum für Kopfschütteln.

Dreirosenanlage / S. 16

FOTO: ALAIN GFELLER



Wo Kinder spielen, eskalierte ein Polizeieinsatz. Ein Augenzeugenbericht.

Olympia im Wallis / S. 24

FOTO: KEYSTONE



Georg Kreis meint: Hinter «Sion 2026» steht eine «Piratenmentalität».

Daniela Witzig
Bestattungen
Wochenschau
Bildstoff
Auch das noch
Wochenendlich
Kreuzworträtsel
Impressum

S. 4
S. 18
S. 20
S. 22
S. 32
S. 33
S. 34
S. 34

Europapark / S. 30

Jedes Mal ein
neues Lächeln:
Das schafften
nur die Piraten
in Batavia.

ANZEIGE

VOLTA BRÄU
— BREWPUB —
BIER AB 17 UHR, MUSIK AB 21 UHR
EINTRITT FREI

**FLORIAN
SUMMER**
7. JUNI
2018

VOLTASTRASSE 30, 4056 BASEL
VOLTABRAEU.CH

wemotions



Catherine Weyer
Redaktorin

Basel, mach etwas gegen die hohen Mieten!

Bei einem Spaziergang durch die Stadt blicke ich ab und zu neidisch auf eine der Überbauungen, von denen die Aussicht auf den Rhein, über den Zoo oder gleich über die ganze Stadt reicht. So etwas werde ich mir nie leisten können.

Doch auch abgesehen von den Schmuckstücken ist es schwer, in Basel eine bezahlbare Wohnung zu finden. Das Problem beschäftigt inzwischen auch den Mittelstand. Jede achte Basler Familie erhält vom Staat einen Zustupf an die Miete. Muss das sein?

Bei jährlichen Überschüssen im dreistelligen Millionenbereich, einer florierenden Wirtschaft und rot-grüner Regierung sollte sozialverträglicher Wohnungsbau selbstverständlich sein. Aber eben diese Regierung und der Grosse Rat handeln anders: Dort, wo der Kanton prächtige Immobilien besitzt, will er rausschlagen, was der Markt hergibt. Wer das bezahlen kann, der lebt an den schönsten Flecken der Stadt. Die Übrigen kämpfen um bezahlbaren Wohnraum.

Und dann gibt es jene, die nicht mehr kämpfen können und nehmen müssen, was sie angeboten bekommen. Wie schlimm das enden kann, zeigte spätestens Anfang dieser Woche ein Blick in die Pension an der Rheingasse: Versimmelte Zimmer in einem völlig verdreckten Gebäude werden für 950 Franken vermietet. Die Mieter sind froh, überhaupt ein Dach über dem Kopf zu haben. Sich gegen unhaltbare Zustände zu wehren, kommt für sie nicht infrage.

Natürlich gibt es keine einfachen Lösungen all dieser Probleme, denen sich der Kanton verweigert. Aber den Wohnungsmarkt frei spielen zu lassen, ist ganz sicher nicht die richtige Strategie. Subventionen sind immer dem politischen Konsens unterworfen. Ändert sich dieser, kann es mit den Familienmietzins-Beiträgen schnell zu Ende sein.

Am 10. Juni wird die Basler Stimmbevölkerung Grundsatzentscheide fällen. Danach muss das Parlament die Weichen stellen für eine sozialere Wohnpolitik. Dafür braucht es einen Kanton, der direkt in die Geschehnisse eingreift, anstatt mit Subventionen den Markt weiter anzuheizen. ×

Daniela Witzig

von Dorothee Adrian

Schon immer liebte Daniela Witzig skandinavisches Design. Heute führt die Interior Designerin den wohl kleinsten Einrichtungsladen von Basel.

Es ist ein selten verregneter Mittwochmorgen in Basel, Fotograf und Autorin quetschen sich durch den Eingang. Die Auslage, die sonst draussen Platz hat, muss bei diesem Wetter in den kleinen Flur passen.

«Hier könnt ihr die nassen Sachen lassen», sagt Daniela Witzig und öffnet eine zweite Tür in den hinteren Flur. Dann nimmt sie ihren Platz hinter dem Verkaufstresen ihres winzigen Ladens ein. Die Augen weit geöffnet, der Blick wach, mit ihrer schwarzen Verkaufsschürze gewappnet für den neuen Tag in diesem kleinen grossen Traum, der nun schon seit drei Jahren Wirklichkeit ist.

Wie geht das – ein Einrichtungsgeschäft auf 16 Quadratmetern? «Der Laden ist super geschnitten!», sagt Witzig und lacht. «Und ich weiss, wie man Dinge präsentiert. Ich habe einen Blick für Details, ich kenne und schätze kleine Läden.» Ja, dieser Blick ist unverkennbar und zeigt sich in jeder Ecke. Ein schlichter Ring ist dekoriert mit einer langen Pflanze. Aus einer Kaffeetasse wächst ein Kaktus. Die Sukkulenten wurzeln in Kokosfaser-Kugeln und können an filigranen, langen Haken aufgehängt werden. Wer skandinavisches Design mag, kann in der Interior Butik auf engstem Raum sehr viel entdecken. Pflanzen und Accessoires, Spiegel und Bilder, Tassen und Tischchen, Teppiche und Taschen.

«Selbstständigkeit für Schisshasen»

Die 36-jährige, sehr jung wirkende Frau strahlt ihre Begeisterung für Schönes aus dem Norden aus. Konzentriert beantwortet sie jede Frage, schaut überlegend zur Decke. Wie alles begann? «Ich habe mich schon als Teenager für Inneneinrichtung interessiert», erzählt Witzig mit ihrer hellen Stimme. «Ich verschlang die Wohnzeitschriften der Freundin meiner Mutter!»

Nach einem Praktikum als Raumausstatterin begann die gebürtige Ravensburgerin in Freiburg bei Ikea die Ausbildung zur Dekorationsgestalterin. Sie wechselte nach Pratteln, wo Witzig als Interior Designerin arbeitete. Doch ihre Liebe für skandinavisches Design, das sie als «schlicht und trotzdem besonders, zeitlos und mit allem



«Ein Lebenstraum ist wahr geworden»: Daniela Witzig liebt ihr kleines Stück Skandinavien mitten in Basel. FOTO: A. PREOBRAJENSKI

zu kombinieren» beschreibt, suchte weitere Ausdrucksformen. Bei einer Messe für Wohnaccessoires in Oslo beobachtete sie fast schon sehnsüchtig die anderen Ladenbesitzer, die ihre Ware auswählten.

2013 war es passiert. Sie verliebte sich regelrecht in einen Laden mit nordischen Wohnaccessoires im norwegischen Lillehammer. «Abends sagte ich zu meinem Mann: So ein Geschäft möchte ich auch haben.» Als sie dann die Ausschreibung für das Ladenlokal am Nadelberg sah, passte alles zusammen. Bei Ikea ist Daniela Witzig noch mit 30 Stellenprozenten angestellt. «Selbstständigkeit für Schisshasen», sagt sie selbstironisch. Aber der Austausch mit Kollegen tue ihr auch gut. Und doch, das kleine Geschäft am Nadelberg ist genau das, was die 36-Jährige

immer wollte. «Es ist voll mein Ding. Ich bin so froh, dass ich es gewagt habe!»

Witzig bietet zusätzlich Wohnberatungen vor Ort bei den Kunden an, erstellt mit ihnen ein Farb- und Materialkonzept. Die Beratung spielt aber auch im Geschäft eine grosse Rolle. «Eine gut beratene Kundin kommt wieder», weiss sie. Viele suchen etwas Besonderes, eine Inspiration für eine bestimmte Ecke der Wohnung.

«Ich verkaufe Ideen»

«Mehr noch als Accessoires verkaufe ich Ideen», sagt Witzig. Viele Kunden kämen aus dem Quartier, «sie mögen es, sich den Couchtisch direkt unter den Arm zu klemmen und mit nach Hause zu nehmen». Und wer weiter weg wohnt, kann im Onlineshop einkaufen. Zum Beispiel Tep-

piche, die aus recycelten Pet-Flaschen sind, sich aber tatsächlich wie Baumwolle anfühlen. «Zum Glück denkt die Branche um und wird immer nachhaltiger.»

Das schönste Kompliment sei, wenn andere ein ähnliches Erlebnis haben wie sie damals in Lillehammer. So kamen neulich zwei Freundinnen vorbei und eine sagte zur anderen: «Ich muss dir unbedingt einen ganz tollen Laden zeigen!» Ja, ihr Geschäft komme von der Stimmung her schon ziemlich nahe an den wunderschönen Laden in Norwegen heran, überlegt Daniela Witzig. Den gibt es inzwischen leider nicht mehr. Dafür aber die Interior Butik am Nadelberg. ×

Interior Butik, Nadelberg 41, Basel.
www.interior-butik.ch

Wohnungsnot

Weil die Stadt kaum eigenen Wohnraum hat, sind Arme in überteuerten Löchern ihren Vermietern ausgeliefert.

DER ALBTRAUM HINTER DER FASSADE





Verlotterte Zimmer, hohe Mieten:
Trotzdem verteidigen manche Bewohner
der Liegenschaft an der Efringerstrasse
ihren Vermieter gegen Kritik.

FOTO: HANS-JÖRG WALTER

von Matthias Oppliger

Am untersten Ende der Nahrungskette im Basler Wohnungsmarkt sind die Sitten rau. Vor einer Woche wird aus einer Pension an der Rheingasse die vierte Leiche innert drei Jahren transportiert. Die Zustände in diesem Haus sind auch ohne Verwesungsgeruch elend.

Ein Bewohner zeigt uns das Innere. Es sieht aus, als sei seit Jahrzehnten nichts gemacht worden. In den Nasszellen, die sich die Bewohner teilen, sind Decken und Wände verschimmelt. Hinter manchen WC-Türen verbergen sich wahre Müllberge. Ein weiterer Bewohner zeigt uns sein Zimmer. Es ist ungefähr acht Quadratmeter gross, gerade genug für ein Bett, ein Nachttischchen, einen Schrank und ein Lavabo. Mit dem Wäscheständer in der Raummitte hat es gerade noch für eine Person im Stehen Platz. Die Zimmerdecke hat sich vor Feuchtigkeit grau verfärbt. Der Vermieter verlangt dafür 950 Franken pro Monat – exakt das Maximum, das die Sozialhilfe für ein möbliertes Zimmer mit Waschangebot zahlt.

Der Besitzer der Liegenschaft, Peter Vix, findet den Mietpreis nicht überrissen. Er sagt, nicht alle Bewohner würden 950 Franken bezahlen. Wie viel die Mieten im Detail kosten, will er aber nicht sagen. «Der Mietpreis ist insofern korrekt, als es sich um eine Pension mit möblierten Zimmern handelt», sagt Vix. Die Mängel am Haus seien nicht gravierend, findet Vix. Der Schimmel im Bad sei ihm bekannt. Er stamme davon, dass ein Bewohner regelmässig sehr heiss und sehr lang dusche. «Ich bin bereits eine gewisse Zeit daran, das zu beseitigen.» Dann fügt der Vermieter an: «Das sind keine normalen Leute, wie Sie und ich, die dort wohnen. Die meisten sind von ihrem Weg abgekommen und froh, dass sie dort wohnen können.»

«Die Politik ist doch das wahre Problem. Die sollen dafür sorgen, dass auch wir einen Platz zum Wohnen haben.»

Bewohner des Hauses
an der Efringerstrasse

Das Haus an der Rheingasse ist kein Einzelfall. Dahinter steht eine viel grössere Geschichte. Es ist die Geschichte von Immobilienbesitzern, die aus ihren verlotterten Liegenschaften Profit schlagen, auf Kosten der Schwächsten und auf Kosten des Staates. In Basel gibt es Menschen, die unter unwürdigsten Bedingungen hausen müssen. Für ihre heruntergekommenen Zimmer zahlen sie oft hohe Mieten, manchmal sind die Mietverträge widerrechtlich. Jeder weiss das, auch die Verwal-

tung. Doch viele dieser Menschen sind so verzweifelt, dass sie sich nicht wehren wollen. Wir haben mit einigen gesprochen. Zu ihrem Schutz bleiben sie anonym.

Auf der Gasse stossen wir in Gesprächen über Gruselwohnungen immer wieder auf dieselben Namen. Der Austausch in der Szene ist rege, man warnt sich gegenseitig vor den übelsten Abzockern. Zwei besonders berüchtigte Vermieter sind L. aus Hergiswil im Kanton Nidwalden, ihr gehören zwei Liegenschaften an der Gasstrasse, und der Zürcher S. mit seinen beiden Häusern an der Efringer- und an der Feldbergstrasse.

Erschreckende Zustände

J. hat einige Monate an der Efringerstrasse gewohnt. Immobilienunternehmer S. vermietet dort einzelne Zimmer in Mehrzimmerwohnungen, also eine Art Zwangs-WG. «Ich musste aus meiner alten Wohnung raus und brauchte von heute auf morgen eine Unterkunft. An der Efringerstrasse wurde ich schnell fündig», erzählt J., der heute nicht mehr dort wohnt. «Die Zustände waren erschreckend, und ich rede nicht nur von Sauberkeit und Hygiene. In der Küche stapelten sich dreckiges Geschirr und Abfall wochenlang. Es wurde aber auch gedealt im Haus, in den Gängen und vorne auf der Strasse traf ich immer wieder auf zombiehafte Drögel.»

Viele seiner Mitbewohner seien nicht in der Lage gewesen, alleine zu wohnen. «Diese Menschen hätten Betreuung gebraucht», ist J. überzeugt. Er habe sich deshalb nie sicher gefühlt. Ständig war die Angst da, es könnte jemand ins Zimmer einsteigen. Seine Zimmertür liess sich nicht abschliessen. «Mir war ab Tag eins klar, dass ich dort nicht bleiben will und kann. Die Kisten habe ich gar nie richtig ausgepackt.»

Bei einem Besuch vor Ort treffen wir an der Efringerstrasse auf das Warnschild «Hausverbot für Medienvertreter». Wer das Haus trotzdem betrete, werde wegen Hausfriedensbruch bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Eigentümer S. war 2014 bereits in den Medien, als in ebendiesem Haus an der Efringerstrasse eine Abrechnung im Drogenmilieu blutig endete. Die beiden entsprechenden Artikel in der «Basler Zeitung» sind heute online nicht mehr auffindbar, S. liess sie gerichtlich entfernen.

«Das ist kein Abzocker»

Vor dem Haus sitzen zwei Männer und eine Frau gemütlich beisammen. Sie sollten eigentlich nicht mit Journalisten reden, sagen sie und legen dann doch los. Es sei nicht korrekt, S. als Übeltäter darzustellen. «Er gibt uns wenigstens eine Wohnung. Versuch mal irgendwo sonst ein Zimmer zu bekommen mit mehreren Betreibungen und Steuerschulden am Hals. Nein, S. ist kein Abzocker, er hat uns schliesslich geholfen.»

Ein anderer Mieter findet: «Die Politik ist doch das wahre Problem. Die sollen

mal dafür sorgen, dass auch Menschen wie wir einen Platz zum Wohnen haben.» Klar befänden sich die Räume nicht in einem besonders guten Zustand und ja, die Miete sei gewiss ziemlich hoch angesetzt, räumt die Frau ein. «Aber S. ist eben ein Geschäftsmann, der muss auch sein Geld verdienen dürfen.»

Wir erreichen den Vermieter per Telefon. Er habe damals schlechte Erfahrungen mit der Presse gemacht, deshalb das Warnschild, sagt er beinahe entschuldigend. Nach kurzem Zögern lässt er sich doch auf ein Gespräch über sein Geschäftsmodell mit den IV- und Sozialhilfebezügern ein. Die Bedingung: Wir dürfen seinen Namen nicht nennen, ebenso wenig die genaue Adresse seiner beiden Häuser in Basel.

«Man braucht eine dicke Haut, wenn man sieht, was dem Eigentum angetan wird, dieser Dauervandalismus.»

Vermieter S.

«Ich kam eher zufällig dazu. Als ich die Liegenschaft an der Efringerstrasse kaufte, waren bereits Zimmer an Sozialhilfebezügern vermietet. Ich habe da keine Berührungängste. Aber man braucht eine dicke Haut, wenn man sieht, was dem Eigentum angetan wird, dieser Dauervandalismus», sagt S. Dazu kämen viele Mietausfälle.

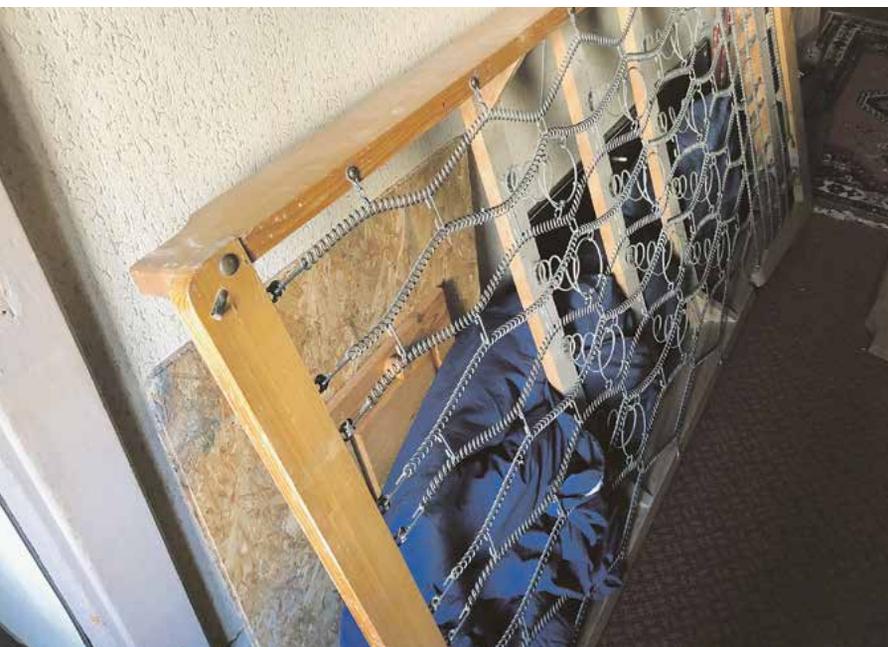
S. findet deshalb die Preise seiner Zimmer angemessen, obwohl sie ein Vielfaches davon betragen, was er für seine Wohnungen verlangen könnte, wenn er sie als ganze vermieten würde. «In einem solchen Haus müssen sie mit Reinigung und Hauswartung sehr präsent sein, sonst ist es innerhalb von sechs Monaten komplett unbewohnbar. Das schlägt sich im Preis nieder.» Aber abgesehen davon seien die Zustände in seinen Häusern heute nicht mehr mit der Zeit vergleichbar, als die blutige Drogengeschichte stattfand. «Wir haben viele Massnahmen ergriffen, Stahltüren eingebaut und die Präsenz der Hauswartung erhöht. Seither geht es gesittet zu und her», sagt S.

An der Gasstrasse verfolgt Vermieterin L. ein ganz ähnliches Geschäftsmodell. Ihre Dreizimmerwohnungen werden als «WG» vermietet – sich gegenseitig unbekannte Bewohner teilen Küche, Bad und Toilette. Die möblierten Zimmer kosten inklusive Nebenkosten ab 800 Franken pro Monat. D. hat lange an der Gasstrasse gewohnt. Anders als die meisten ist er dem Konflikt mit L. nicht aus dem Weg gegangen. Er hat seine Rechte eingefordert und war mehrfach vor der kantonalen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten. Inzwischen ist er umgezogen, L. kann ihm nun nichts mehr anhaben.



Blick in eine der WC-Kabinen auf der Männertoilette der Pension Rheingasse. Die Decke einer Duschkabine: Überall krank machender Schimmel. In den Gängen stapelt sich Abfall und Ausrangiertes.

FOTOS: GABRIEL BRÖNNIMANN



Wenn D. zurückdenkt an die Zeit in seinem Zimmer an der Gasstrasse, kann er heute nur ungläubig den Kopf schütteln. «Die Wohnung war einfach grusig. Wenn man den Wasserhahn aufgedreht hat, musste man das Wasser erst mal ein paar Minuten laufen lassen, bis es nicht mehr braun verfärbt war. Die Waschmaschine war unzumutbar, ich habe meine Kleider bei einem Freund gewaschen. Die Heizung funktionierte nicht, Küche und Badezimmer waren komplett verdreckt. Wenn meine Kinder zu Besuch waren, wollte sie 30 Franken zusätzlich pro Übernachtung.»

Eine eigene Alarmanlage

D. tat das, was wohl die meisten von uns tun würden: Er beklagte sich bei seiner Vermieterin und meldete Mängel an. L. reagierte ungehalten. In einem Brief beschuldigte sie ihn, andere Mitbewohner «aufzuhetzen» und eine «Hetzkampagne» zu führen. Im gleichen Zug drohte sie ihm mit einer Kündigung. Dieser Brief und weitere Dokumente liegen der TagesWoche vor. D. stellte fest, dass in seiner Abwesenheit jemand in seinem Zimmer war. Einmal, als er schlafend im Bett lag, machte sich jemand am Schloss zu schaffen. Das wollte er sich nicht gefallen lassen, er montierte ein zusätzliches Schloss sowie eine Alarmanlage. Auch dafür wurde er von L. schriftlich abgemahnt.

Manchmal wurde die Miete spontan um 30 oder 50 Franken erhöht.

Zweimal ging D. vor die Schlichtungsstelle, beide Male bekam er Recht. Eine gegen ihn ausgesprochene Kündigung wurde als «missbräuchlich» aufgehoben. Nachdem er im Sommer 2017 seinerseits kündigte, wollte L. per Betreuung noch eine halbe Monatsmiete kassieren. Auch dieses Begehren wurde von der Schlichtungsstelle abgeschmettert.

B. erzählt eine ganz ähnliche Geschichte. Rund drei Jahre hat er in einem von L.s Häusern an der Gasstrasse gewohnt. Er war auf das Zimmer in Basel angewiesen, weil er sonst keine Stipendien bekommen hätte. Zu Beginn bekam er monatliche Mietverträge. L. sammelte die Miete in bar ein und handigte ihm danach einen Vertrag für einen weiteren Monat aus. «So wusste ich nie, wie lange ich dort noch wohnen darf.»

Manchmal habe L. die Miete von einem Monat zum nächsten um 30 oder 50 Franken erhöht, angeblich weil die Nebenkosten gestiegen seien. B. weigerte sich beharrlich, diese Erhöhungen anzuerkennen und bezahlte weiterhin seine 800 Franken für das möblierte Zimmer. «Am Schluss stand in meinem Vertrag ein Mietzins von 1200 Franken. Für das gleiche Zimmer.» Dazu kam noch SMS-Terror.

B. erhielt Nachrichten von L., er solle sich sofort an der Gasstrasse einfinden. Sie müsse etwas mit ihm besprechen. «Das passierte ständig. Ich sass in der Bibliothek und hätte für mein Studium lernen müssen. Es kann doch nicht sein, dass ich mich permanent verfügbar halten muss, nur weil ich bei L. ein Zimmer miete. Ich kam mir vor wie im Gefängnis.» Er wollte längst ausziehen, doch L. betrieb ihn mehrfach. Mit den Betreibungen am Hals hatte er kaum Chancen, ein anderes Zimmer zu finden.

«Irgendjemand muss sich gegen diese Frau wehren, sonst hört sie nie damit auf, ihre Mieter zu schikanieren.»

Ehemaliger Bewohner der Gasstrasse

Und so kam es, dass auch B. seine Konflikte mit L. weitertrug. Nachdem die Vermieterin mehrfach ohne seine Einwilligung und in seiner Abwesenheit sein Zimmer betreten hatte, zeigte er sie an. Sie zeigte ihn ebenfalls an und behauptete, er habe sie bedroht.

Obwohl B. längst ausgezogen ist, verfolgt ihn die Geschichte weiter. Demnächst steht wieder ein Gerichtstermin an. «Irgendjemand muss sich gegen diese

Frau wehren, sonst hört sie nie damit auf, ihre Mieter zu schikanieren», sagt er heute. Wir haben L. mit diesen Vorwürfen konfrontiert. Schriftlich, nachdem sie unter keiner der angegebenen Telefonnummern zu erreichen war. Sie wollte sich nicht äussern.

L. an der Gasstrasse, S. im Kleinbasel und alle anderen Hauseigentümer, die sich auf dieses Geschäftsmodell spezialisiert haben, erzielen einen grossen Teil ihres Umsatzes mit den Mietzahlungen von Sozialhilfebezügern. Der Mann, der für diese Zahlungen letztlich verantwortlich ist, heisst Rudolf Illes. Wir treffen den Leiter der Sozialhilfe zum Gespräch.

Bevor das Aufnahmegerät zu laufen beginnt, will Illes herausfinden, in welche Richtung unsere Recherchen zielen. Es sei eine sehr heikle Thematik, die einer differenzierten Auseinandersetzung bedürfe. Illes weiss genau, unter welchen Bedingungen manche seiner Klienten wohnen müssen. «Wohnen ist ein Grundbedürfnis wie Essen und Schlafen, natürlich sprechen wir mit unseren Klienten darüber.»

Selbsthilfe-Prinzip stösst an Grenzen

In den Beratungsgesprächen hören die Angestellten der Sozialhilfe auch immer wieder von unhaltbaren Zuständen, von Gammelwohnungen zu überrissenen Preisen. Die Vermieter der schlimmeren Lotter-Liegenschaften sind einschlägig bekannt. Und doch: Illes und der Sozialhilfe sind bei der heutigen Gesetzeslage die Hände gebunden. «Wir als Behörde

sind nicht die Mieter, sondern unsere Klienten.» Nach dem Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe sollen Sozialhilfebezügern möglichst alle Bereiche ihres Lebens eigenständig und selbstverantwortlich gestalten können. Dazu gehöre eben auch der Bereich des Wohnens, sagt Illes.

Das Dilemma der Sozialhilfe

«Wenn in den Gesprächen klar wird, dass jemand an einem solchen Ort wohnt, dann klären wir diese Person darüber auf, wie sie sich gegen die unhaltbaren Zustände wehren kann.» Sei die Person aber partout nicht gewillt, sich zu wehren, dann könne auch die Sozialhilfe nichts unternehmen. «Diese Menschen sind oft froh, überhaupt irgendwo wohnen zu können. Dann wollen sie sich nicht die einzige Chance verspielen.»

Er zeigt Bilder einer weiss gefliesten Waschküche, in die jemand eine Duschkabine eingebaut und ein Bettgestell hineingestellt hat. Die Fotos stammen von einem Geflüchteten, der diese «Einzimmerwohnung ohne Kochgelegenheit» für 700 Franken gemietet hat. «Wir sagten ihm, dass er sich das nicht gefallen lassen müsse. Unser Rechtsdienst hat abgeklärt, ob so etwas juristisch als Wohnung gelten darf. Doch der Flüchtling wollte nichts unternehmen.»

Muss man solche Bilder also einfach akzeptieren und damit leben, dass mitten in Basel Menschen so leben müssen? «Es ist ein Dilemma. Am liebsten würde ich solche Häuser natürlich schliessen. Einen solchen Schritt, sofern rechtlich möglich, könnte ich aber nur verantworten, wenn ich den Bewohnern eine Alternative bieten kann. Ich will niemanden auf die Strasse stellen.»

«Diese Menschen sind oft froh, überhaupt irgendwo wohnen zu können.»

Rudolf Illes, Leiter Sozialhilfe

Viel zu befürchten haben Vermieter solcher Gruselwohnungen heute vonseiten der Behörden also nicht. Zumindest noch nicht. Denn angesichts der jüngsten Ereignisse kommt nun vielleicht doch Bewegung in die Sache. Zumindest tönt Illes das vorsichtig an. Verwaltungssintern gebe es nämlich Bestrebungen, die Zusammenarbeit zwischen den involvierten Ämtern zu intensivieren. Wenn die einzelnen Abteilungen sich absprechen, könnten daraus mittel- bis langfristig Massnahmen abgeleitet werden, um das Problem der Gruselwohnungen in Basel koordiniert anzugehen.

Doch vorläufig bleibt einigen Menschen in Basel nichts anderes übrig, als für viel zu viel Geld in völlig unwürdigen Behausungen zu leben. ✕

Kennt die miserablen Zustände: Sozialhilfe-Leiter Rudolf Illes. FOTO: HANS-JÖRG WALTER



Der Basler Wohnungsmarkt treibt Mieter zur Verzweiflung. Die Gründe dafür sind kompliziert. Wir klären auf.

Wieso die Suche nach einer Wohnung in Basel der Horror ist

von Andrea Fopp
und Catherine Weyer

Mussten Sie in letzter Zeit eine neue Bleibe suchen? Wir fühlen mit Ihnen. Stadtentwickler Lukas Ott sagt zwar: «Es gibt in Basel viel günstigen Wohnraum.» Doch in der Realität ist die Wohnungssuche einfach nur Horror.

Weshalb gehen die Mieten seit Jahren nur noch nach oben? Und was wollen die Initiativen, über die wir am 10. Juni abstimmen, ändern? Wir haben mit Experten des Bundes, der Mietschlichtungsstelle, der gemeinnützigen Stiftung Habitat, die sich für günstigen Wohnraum einsetzt, der Stadtentwicklung und den Initianten der vier Wohninitiativen gesprochen. Ein Überblick in Frageform.

Vor zehn Jahren fand man in Basel noch locker eine bezahlbare Wohnung. Heute stehen die Leute bei Besichtigungsterminen Schlange wie in Zürich. Was ist passiert?

Seit der Jahrtausendwende wächst die Basler Bevölkerung wieder konstant. Das liegt an der steigenden Zahl an Arbeitsplätzen, aber auch an den vielen Neubaugenprojekten, die immer mehr Leute zurück in die Stadt locken. Auch beanspruchen wir alle gemäss Zahlen des Statistischen

Amtes je länger, je mehr Wohnfläche. Reichten 1980 einem Bewohner 36,1 Quadratmeter zum Leben, sind es heute 41,1 Quadratmeter. Es braucht also mehr Raum, die Investoren können bei aller Bauerei die Nachfrage kaum decken.

Weshalb steigen die Mieten dauernd?

Es kommt darauf an, wem man diese Frage stellt. Die Regierung hat eine einfache Erklärung: Es liegt am Markt. Steigt die Nachfrage, geht entsprechend auch der Preis in die Höhe. Deshalb will der Kanton so vielen Investoren wie möglich den Wohnungsbau schmackhaft machen. Davon profitieren in diesem Verständnis auch die Mieter: je mehr neue Wohnungen, desto tiefer die Mieten.

Fragt man die Initianten der vier Wohninitiativen, hört man etwas grundsätzlich anderes: Das Problem liege gemäss deren Betrachtungen unter anderem an eben diesen Investoren und Hausbesitzerinnen, welche die Mieten in die Höhe treiben, um eine höhere Rendite zu erwirtschaften.

Neubauten sind in aller Regel teurer als alte Wohnungen und ziehen auch die Mietzinse im jeweiligen Quartier in die Höhe. Tatsächlich zeigt das Basler Mietpreisraster: Wohnungen, die vor 1980 gebaut wurden, sind wesentlich günstiger. Noch. Denn auch die Mieten für Altbauwohnungen stiegen gemäss einer Analyse

von Fahrländer Partner seit 2008 um 34 Prozent. Das ist noch mehr als in Neubauten (30 Prozent).

Dahinter steckt häufig ein – gesetzeskonformer – Trick einiger Vermieter: Wenn langjährige Mieter ausziehen, verlangen sie von den Neumieterinnen schwupsdiwups das Doppelte der vorherigen Miete.

Welche Möglichkeiten haben Mieterinnen und Mieter, wenn der Vermieter zu viel verlangt?

Man kann sich wehren – das ist allerdings enorm mühsam. Wenn eine Mieterin neu in eine Liegenschaft einzieht, kann sie innert einer Frist von 30 Tagen den zu hohen Mietzins anfechten. De facto passiert das kaum, die neutrale Mietschlichtungsstelle von Basel-Stadt schätzt die Zahl der Klagen auf 30 bis 40 – bei einer stattlichen Zahl von 30 000 Um- oder Zuzügen innert eines Jahres.

Auch das Bundesamt für Wohnungswesen bestätigt, dass die Anfechtung einer zu hohen Miete ein sehr beschwerlicher Weg ist. Der Grund: Es ist kompliziert zu beweisen, dass der Vermieter über die Miete mehr Rendite macht, als er es gemäss Referenzzinssatz darf. Eine Formularpflicht, bei welcher der Vermieter offenlegen muss, wie hoch der Mietpreis vor dem Wechsel war, würde dies erleich-



Wohnraum mit Subjektfinanzierung: An der Maiengasse bezahlt der Kanton für manche Wohnungen einen Mietzinsbonus.

tern. Eine solche fordert die Initiative «Ja zu bezahlbaren Neumieten».

Und bei Sanierungen?

Nach einer Sanierung hat die Liegenschaft einen höheren Wert, also darf die Besitzerin einen neuen Mietzins festlegen. Das macht Totalsanierungen so lukrativ: Anstatt das Geld auf der Bank zu parkieren, wo die Investorin derzeit Minuszinsen zahlen muss, baut sie lieber eine alte Liegenschaft um, um mehr Wohnungsmiete verlangen zu können. Das Prinzip: Liegenschaftsbesitzer machen eine Totalsanierung, kündigen ihren langjährigen Mietern, die oft im hohen Alter sind, und holen jüngere, zahlungskräftigere Mieter rein. Dagegen richtet sich die Wohnschutzinitiative. Sie verlangt, dass Hausbesitzer nur noch sanieren dürfen, was nötig ist – und das so günstig wie möglich, um extreme Wertsteigerungen zu verhindern.

Was spricht denn überhaupt gegen die Initiativen?

Den Gegnern geht dieser Eingriff in den Besitzstand zu weit – sie glauben, dass die Bewilligungspflicht Investoren abschreckt und nötige Sanierungen verhindert. Auch die anderen drei Initiativen leh-

nen sie ab mit dem Argument, der Kanton mache schon genug. 2013 nahmen die Basler Stimmbürgerinnen das Wohnraumförderungsgesetz an. Dieses versprach, den Kanton bei der Förderung von günstigem Wohnraum stärker in die Pflicht zu nehmen. Der Kanton setzt dabei vor allem auf Genossenschaften. Er gibt ihnen Bauland im Baurecht ab und unterstützt sie mit Steuervergünstigungen.

Auch Genossenschaften sind private Investoren. Sie entscheiden, wer einziehen darf und wer welchen Mietzins bezahlt.

Die Regierung selbst sieht diese Strategie als Erfolg an. Stolz weist sie darauf hin, dass in den nächsten fünf Jahren 1000 neue Genossenschaftswohnungen geplant seien. Das stimmt, doch gemessen an allen Neubauten stagniert ihr Anteil auf dem Wohnungsmarkt bei 10 Prozent. In der Stadt Zürich liegt dieser bei über 18 Prozent.

Immer werden Genossenschaften als Lösung des Problems angepriesen. Was ist so toll an ihnen?

Der Vorteil an Genossenschaften ist, dass sie nicht auf Kosten der Mieter möglichst viel Geld verdienen wollen, wie es Investorinnen tun. Die Renditen, die sie erwirtschaften, stecken sie wieder in die Liegenschaften. Langfristig sorgen sie deshalb für günstige Mieten.

Gibt es auch Nachteile?

Genossenschaften sind – wie andere Bauherrinnen – letzten Endes private Investoren. Sie entscheiden, wer bei ihnen einziehen darf und wer wie viel Mietzins bezahlt. Ausserdem muss man sich mit sogenannten Anteilsscheinen in die Genossenschaft einkaufen.

Bei der neuen Genossenschaft «Zimmerfrei» auf dem Erlentmattareal kostet das Eintrittsbillet für eine Vierzimmerwohnung 30 000 Franken – allerdings wurde für Menschen mit wenig Geld ein Solidaritätsfonds eingereicht. Bei der Mieter-Baugenossenschaft Basel kosten die Anteilsscheine für eine Vierzimmerwohnung 5000 Franken.

Das mag relativ wenig sein, aber für Familien mit wenig Geld ist es trotzdem zu



FOTO: HANS-JÖRG WALTER

viel. So geben beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund an, sich eine Genossenschaft nicht leisten zu können, weil sie die nötigen Anteilsscheine nicht finanzieren können. Auch eine Studie des Bundesamtes für Wohnungswesen bestätigt, dass in Genossenschaften der Anteil von Ausländern geringer ist als bei Mietwohnungen.

Und da bietet der Kanton nicht Hand?

Doch, Menschen, die Sozialhilfe beziehen müssen, können sich auch für Anteilsscheine an das Amt wenden. Unter gewissen Umständen übernimmt dieses die Kosten der Anteilsscheine, wenn die nicht wesentlich mehr kosten als eine Mietzinskaution.

Und was ist mit Menschen, die sich trotz regeltem Einkommen weder eine Wohnung auf dem freien Markt noch den Einkauf in eine Genossenschaft leisten können?

Der Kanton zahlt betroffenen Familien einen Zuschuss an die Miete, im Amtsddeutsch heisst das «Familienmietzins-Beiträge». Die Kosten für diese sogenannte Subjekthilfe sind gemäss Controllingbericht des Kantons in den letzten elf

Jahren explodiert. Waren es 2005 noch knapp 900 000 Franken, zahlte der Kanton 2016 über zehn Millionen Franken Familienmietzins-Beiträge aus. Mittlerweile ist jede achte Familie, die in Basel-Stadt lebt, auf diese staatlichen Unterstützungsgelder angewiesen.

Würde der Staat selber in günstige Wohnungen investieren, dann müsste er keine Wuchermieten finanzieren.

Dabei handelt es sich bei Weitem auch nicht nur um Einkommensschwache: Bei 78 Prozent der unterstützten Haushalte liegt das Jahreseinkommen zwischen 40 000 und 79 999 Franken. Das zeigt: Vierköpfige Mittelstandsfamilien können sich die Mieten in Basel-Stadt oft nicht mehr leisten.

Und was ist mit Leuten ohne Familie?

Die haben ein Problem. Für Familienmietzins-Beiträge kommen sie nicht infra-

ge – erst wenn ihre Lage so prekär ist, dass sie Sozialhilfe empfangen, erhalten sie die Mietkosten vom Staat. Mit dem entsprechenden Stempel. Und sie haben doppelt Pech: Es gibt in Basel verhältnismässig wenige Einzimmerwohnungen. 2017 waren es 11 135, bei insgesamt 109 490 Wohnungen – also gerade einmal zehn Prozent. Diese kleinen Wohnungen sind in den meisten Fällen nicht billig. Denn egal, wie gross die Wohnung ist, es braucht Bad und Küche, was den Quadratmeterpreis in die Höhe treibt.

Auch für Investoren sind die kleinen Wohnungen deshalb weniger lukrativ, entsprechend ist der Markt ausgetrocknet. Das nutzen manche Immobilienbesitzer schamlos aus: Sie lassen die Wohnungen verrotten und bieten sie zu völlig überhöhten Preisen Sozialhilfebezügern an, die froh sind, überhaupt noch eine Bleibe zu finden. Denn am Ende zahlt ja Vater Staat. So heizt der Kanton den Wohnungsmarkt weiter an.

Kann man nichts dagegen tun?

Das ist die Frage. Im Moment ist es so: Der Kanton greift selten selber in den Wohnungsmarkt ein, sondern gibt privaten Investoren Land im Baurecht ab. Menschen,

die sich die Marktmieten nicht leisten können, unterstützt er finanziell mit den erwähnten Familienmietzins-Beiträgen oder über die Sozialhilfe. Diese Art von Unterstützung heisst im Behördenjargon «Subjekthilfe». In letzter Zeit wird die Forderung lauter, der Staat solle stattdessen Objekthilfe betreiben. Dann würde er selber in günstige Wohnungen investieren und sie direkt finanziell Schwachen zur Verfügung stellen, statt von privaten Investoren abhängig zu sein, die Wucherpreise für Griselwohnungen verlangen.

Mancherorts ist der Kanton bereits auf die Objekthilfe umgeschwenkt: Beim Projekt Volta Ost sind 100 Wohnungen geplant, davon sind 44 für Sozialhilfebeziehende reserviert. An der Egliseestrasse hat der Kanton eine Liegenschaft ersteigert, die 33 Personen günstigen Wohnraum bieten wird. Aber auch für den Mittelstand hat der Kanton soeben gebaut, zum Beispiel an der Maiengasse, wo Immobilien Basel-Stadt mit einem Bonussystem den Marktpreis senkt.

Weshalb setzt der Kanton nicht stärker auf Objekthilfe?

Ein Umstieg von Subjekt- auf Objekthilfe wäre ein radikaler Strategiewechsel in der Wohnpolitik. Ein Strategiewechsel, den die Politik, also Volk und Parlament, einleiten und für den sie entsprechend auch Geld sprechen müsste. Damit der Kanton selbst zusätzliche Liegenschaften ersteigern und so direkt in den Wohnungsmarkt eingreifen kann.

Der Vorteil wäre, dass der Kanton Immobilien aus der Spekulationsblase befreien und die Mieten tief halten könnte. Als Folge würde er wohl weniger Sozialleistun-

gen zahlen müssen. Allerdings ist da auch ein Nachteil: Der Kanton würde am Markt weniger Rendite machen und müsste mehr Leute anstellen, welche die Immobilien betreuen. Auch besteht die Gefahr, dass Sozialghettos entstehen, wenn in einzelnen Liegenschaften ausschliesslich Sozialhilfeempfänger wohnen. Ausserdem würde diese Änderung nur eine kleine Minderheit der Basler Bevölkerung betreffen – der Kanton kann gar nicht in angemessener Zeit so viele Immobilien aufkaufen. Die Sozialhilfe zahlt derzeit in 6572 Fällen Unterstützungsleistungen. Das ist ein Vielfaches der Wohnungen, die dem Kanton derzeit gehören.

Wie stark ist der Kanton derzeit im Basler Wohnungsmarkt präsent?

Immobilien Basel-Stadt besitzt rund 2000 Wohnungen, das entspricht einem Anteil von zwei Prozent. In rund 400 Wohnungen des Kantons leben Sozialhilfeempfänger. Stärker involviert ist der Kanton über die rund 600 Baurechtsverträge, die er mit Investoren abschliesst – unter anderem mit Genossenschaften.

Ist der Kanton deshalb gegen diesen Systemwechsel?

Über die Vor- und Nachteile wollten wir mit Immobilien Basel-Stadt sprechen. Als Verwalterin der kantonalen Immobilien kauft und vermietet sie Liegenschaften. Nach mehrmaligem Nachfragen und einem langen Fragekatalog erhielten wir eine Stellungnahme von Stadtentwickler Lukas Ott. Zu den einzelnen Fragen wollen sich Regierungsrat und Verwaltung wegen der anstehenden Abstimmungen nur mit grosser Zurückhaltung äussern.

Was der Stadtentwickler allerdings betont: Der Kanton wolle keinen Strategiewechsel hin zur Objekthilfe. Denn ansonsten würde nicht die Person unterstützt, sondern lediglich die Liegenschaft. Es sei deshalb schwierig sicherzustellen, dass kein Missbrauch betrieben werde und das Geld dem Sozialhilfeempfänger zugute komme. Schaut man sich die Verhältnisse an der Rheingasse oder bei anderen Liegenschaften, die an Sozialhilfebezügler vermietet werden, an, stellt sich aber die Frage, ob es im heutigen System nicht auch zu Missbräuchen kommt. Ott seinerseits betont weiter, dass mit der Subjekthilfe eine viel grössere Zahl an Mietern finanziell unterstützt werden könne.

Wie müsste man sich einen Systemwechsel konkret vorstellen?

Der Kanton könnte einerseits Liegenschaften kaufen, um übertriebene Mietaufschläge zu verhindern. Andererseits könnte er bei Arealentwicklungen konsequenter auf günstigen Wohnraum setzen. Nehmen wir die Überbauung beim alten Kinderspital: Der Kanton gab das Land im Baurecht an die Versicherung Vaudoise ab. Die Strategie dahinter: Mit luxuriösen Wohnungen an bester Rheingasse Vermögende anzuziehen, die einen schönen Batzen an die Vaudoise und in die Steuerkasse zahlen. Entstanden ist in der Folge ein Sozialghetto – eines der Hochverdienenden.

Die Regierung findet, es gebe in Basel genügend günstigen Wohnraum.

Alternativ hätte der Kanton selbst als Bauherrin günstige Familien- oder Einpersonenzimmern bauen und das Geld, das sonst via Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen in den Wohnungsmarkt fliesst, in die Immobilien investieren können. Weshalb er das nicht getan hat? Das Parlament wollte das nicht – und die Regierung muss den parlamentarischen Willen umsetzen.

Ist denn die momentane Wohnstrategie des Kantons erfolgreich?

Wenn man der Regierung glaubt, dann schon. Im kürzlich erschienenen Controlling-Bericht schreibt sie, dass genügend günstiger Wohnraum vorhanden ist. Auch Stadtentwickler Lukas Ott wird nicht müde zu betonen, dass die Situation in Basel gut aussieht. Das ist allerdings etwas gar optimistisch: Die Mieten in Basel sind im letzten Jahr um 1,5 Prozent angestiegen – obwohl die allgemeine Teuerung nur 0,4 Prozent betrug und zudem der erneut gesunkene Hypo-Referenzzinssatz eigentlich zu einer Senkung der Mieten um 2,91 Prozent hätte führen sollen.

Die Entwicklung verläuft also immer noch in eine Richtung: wenig Wohnungen, hohe Mieten. x

Worüber stimmen wir am 10. Juni ab?

«Recht auf Wohnen»

Diese Initiative will in die Verfassung schreiben, dass jede Person, die in Basel wohnt, ein Anrecht auf eine Wohnung hat. Das klingt schön, ist aber sehr schwammig. Die Initianten legen nicht dar, mit welchen Instrumenten sie das erreichen wollen. Es läge am Parlament, eine Umsetzung auszuarbeiten. Der Grosse Rat hat entschieden, die Initiative sofort und ohne Gegenvorschlag den Stimmberechtigten vorzulegen. Deshalb darf die Regierung keine Abstimmungsempfehlung abgeben.

Wohnschutzinitiative

Hausbesitzer brauchen für Umbauten eine Bewilligung. Das soll unnötige Totalsanierungen und damit überrissene Mieterhöhungen verhindern. Die Regierung konnte zu dieser Initiative ebenfalls keine Abstimmungsempfehlung abgeben.

Bezahlbare Neumieten

Bei Mietwechsel muss der Vermieter offenlegen, wie hoch die Miete beim Vorgänger war. Regierungsrat und Parlament empfehlen, die Initiative anzunehmen.

Bezahlbare Mietgerichtsverfahren

Heute erhalten die Gewinner eines Mietgerichtsverfahrens Entschädigungen für die Anwaltskosten. Bezahlen muss die unterlegene Partei. Das kann für Mieter schnell teuer werden. Neu sollen diese Entschädigungen entfallen, damit mehr Mieter sich ein Verfahren leisten können. Regierungsrat und Parlament empfehlen, die Initiative abzulehnen.



Ein Ghetto für Hochverdiener: die neue
Überbauung beim alten Kinderspital.

FOTO: HANS JÖRG WALTER



Eindringen in die Spielzone: Der Ort der Kontrolle, nachdem die Polizei wieder abgezogen war.

Recht und Ordnung

Ein Polizeieinsatz im Kleinbasel gerät ausser Kontrolle. Ein Polizist wird angegriffen, Kinder weinen. Der Basler Journalist Alain Gfeller mit einem Augenzeugenbericht.

Eskalation unter der Dreirosenbrücke

seine Sichtweise auf den Polizeieinsatz aufzuschreiben. Nachfolgend seine Schilderung der Dinge. Danach findet sich eine Stellungnahme der Polizei auf die erhobenen Vorwürfe. Alain Gfeller schreibt:

Wird auf der Dreirosenanlage gedealt? Klar. Wird manchmal geschlegelt? Glaub schon. Werden Drogen konsumiert? Ja. In diesem Quartier gibt es Probleme. Wie in jedem Quartier. Finde ich das als Vater gut? Nein. Und als Anwohner mag ich es auch nicht.

«Ich ha Angscht»

Meiner fünfjährigen Tochter gefällt es hier aber. Angst hat sie vor der grossen Klybeckstrasse und, seit Donnerstag, vor der Polizei. Grund: Eine eskalierte Polizeikontrolle. Dabei hätte es nicht so kommen müssen. Der Ablauf war vorhersehbar. Warum haben die Polizisten die Eskalation nicht kommen sehen?

Am Donnerstag war ich mit meiner Tochter auf der Dreirosenanlage. Sie spielte mit anderen Kindern. Ich schaute zu. Dann wurde rund 20 Meter hinter mir eine Gruppe junger Männer kontrolliert, die unter einem grossen Baum im Schatten sass. Kurz darauf verlegten zwei Polizisten einen Teil der Kontrolle aber genau dorthin, wo meine Tochter mit kriegstraumatisierten Flüchtlingskindern und zwei Freundinnen spielte: In ein abgestecktes Spielfeld für Kinder.

Ich reagierte nicht. Nicht, wenn meine Tochter dabei ist. Dann sah und hörte ich, dass der kontrollierte junge Mann, ein filigran gebauter Schwarzer, die Polizisten mehrmals darauf aufmerksam machte: «Ich ha Impfig am Arm. Macht weh.» Das kümmerte den Polizisten offenbar nicht, er packte den Jungen jedenfalls immer wieder am selben Arm. Grob. Obwohl der Junge den Anschein machte, den polizeilichen Anweisungen Folge zu leisten. Und mit jedem Griff an den lädierten Oberarm spitzte sich die Situation zu – Eskalation lag in der Luft.

Knie im Nacken, Knie im Kreuz, Arm hinten hoch, Kopf am Boden, Schreie, ein dritter Polizist eilt herbei. Mein Kind weint.

Ich wollte nicht, dass eine gewalttätige Festnahme vor den Kindern stattfindet. Also ging ich zu den Polizisten und bat sie, die Kontrolle ein paar Meter weiter weg weiterzuführen, der Kinder wegen. Das wollten die Polizisten nicht. Einer sagte, ich solle mein Kind richtig erziehen und verschwinden.

Ich sagte, apropos Erziehung, dass ich es pädagogisch nicht besonders wertvoll fände, wenn meine Tochter ständig sehe, dass schwarze MitbürgerInnen kontrolliert würden. Und dann gab einer der Poli-

zisten diesen bedenklichen Satz von sich: «Mir mache d Kontrolle genau do, damit d Kinder gseen, wär do d Problem macht!»

Die Schwarzen also. Eine rassistische Aussage. «Ihr sind so Idiooote!», war mein Reflex. Es ist mir einfach so rausgerutscht. Ein Polizist drohte, er würde mich mitnehmen und verzeigen. Ich machte ihm klar, dass mich das nicht beeindruckte. Ich fühlte mich im Recht. Da versuchte sich der Kontrollierte für mich einzusetzen und fragte den Polizisten, warum er mich mitnehmen wolle. Ich gab dem Jungen Handzeichen, er solle sich ruhig verhalten. Ich wollte nicht, dass er meinetwegen mehr Ärger bekommt. Die Situation war verbockt. Ich setzte mich wieder hin.

Ich als Aussenstehender habe die Eskalation kommen sehen. Warum haben die Polizisten es nicht gesehen?

Es kam wie es kommen musste: Der eine Polizist griff dem Kontrollierten erneut an den lädierten Arm. Dieser schrie: «Hey! Ich ha Impfig do! Tscheggsch nidd?!» Der Junge zog seinen Arm weg. Der Polizist griff wieder danach, der Junge zog ihn wieder weg und hielt den anderen Arm schützend vor sein Gesicht. Der Polizist packte den Jungen und warf ihn zu Boden. Der zweite Polizist half dabei. Knie im Nacken, Knie im Kreuz, Arm hinten hoch, Kopf am Boden, Schreie, ein dritter Polizist eilt herbei. Mein Kind weint. Vor der Polizei.

Die Festnahme sah brutal aus, war wohl aber gesetzeskonform. Aber es hätte nicht zu dieser Eskalation kommen müssen. Der Polizist hätte den Jungen am anderen Arm halten können. Und er hätte ihn sowieso nicht dauernd anfassen müssen, denn der Junge stand einfach da und liess die Kontrolle über sich ergehen. Er tat das, was man von ihm verlangte. Äusserlich zumindest. Vielleicht sagte er nicht die Wahrheit. Aber das tut nichts zur Sache. Als Laie sehe ich zudem keinen Grund, die Kontrolle in der für Kleinkinder abgesteckten Spielcke durchzuführen.

Wenn ich als Aussenstehender die Eskalation habe kommen sehen, warum haben die Polizisten es nicht gesehen? Wie werden die PolizistInnen auf solche Situationen geschult? Deeskalation sollte zum kleinen Einmaleins des Polizeihandwerks gehören.

Der Griff ans Namensschild

Zwei Polizisten führten den Jungen dann ab. Ich ging ein kleines Stück mit und fragte den dritten Polizisten, wie er heisse. Damit störte ich den Einsatz höchstens minimal. Die beiden anderen habe ich nicht angesprochen, da sie mit dem Abführen des Jungen beschäftigt waren.



FOTO: ALAIN GFELLER

von Alain Gfeller und TaWo

Was geschah am Donnerstagnachmittag, dem 24. Mai, auf der Kleinbasler Seite der Dreirosenbrücke? «Angriff auf Polizisten bei Personenkontrolle», meldete das Justiz- und Sicherheitsdepartement per Medienmitteilung. Die Meldung wurde weit herum aufgegriffen.

Demnach kontrollierte die Kantonspolizei am Donnerstag, 14.30 Uhr, zwei Personen, die sich im kleinen Park neben der Brücke aufhielten. «Im Verlauf dieser Kontrolle näherten sich Passanten, störten die Polizei bei ihrer Arbeit und stachelten die Kontrollierten zur Gegenwehr auf», schreibt das Departement. Der Einsatz geriet ausser Kontrolle, als einer der beiden kontrollierten Jugendlichen gegen einen Polizisten handgreiflich wurde. Doch die Eskalation begann früher, sagt der Journalist Alain Gfeller und richtet Vorwürfe an die Polizei.

Gfeller vermutet, er sei einer jener Passanten, die angeblich störten und aufstachelten. Die Schilderung in der Mitteilung, sagt Gfeller, habe ihn wütend gemacht und dazu gebracht, für die TagesWoche

Basel-Stadt und Region

Basel

Altermatt-Nicol, Albert, von Basel/BS, 22.03.1926–19.05.2018, Leimenstr. 67, Basel, wurde bestattet.

Amrein-Zenkhusen, Gertrud, von Basel/BS, 01.02.1926–15.05.2018, Rebgrasse 16, Basel, wurde bestattet.

Bertschinger-Serna, Simona, von Zumiikon/ZH, 07.10.1929–27.05.2018, Missionsstr. 33, Basel, wurde bestattet.

Bohne-Maier, Yvonne Sophie, von Basel/BS, 25.05.1920–22.05.2018, St. Jakobs-Str. 395, Basel, wurde bestattet.

Bozzolo, Tino, aus Italien, 15.09.1948–19.05.2018, Claragraben 62, Basel, wurde bestattet.

Danzeisen-Kauczor, Christa, von Basel/BS, 09.08.1937–21.05.2018, Laufenstr. 7, Basel, wurde bestattet.

Flubacher, Fritz, von Buckten/BL, Basel/BS, 26.07.1935–26.05.2018, Mittlere Strasse 15, Basel,

Beisetzung im engsten Familienkreis.

Geissberger-Nebel, Samuel, von Riniken/AG, 07.12.1933–27.05.2018, Höllestr. 159, Basel, Trauerfeier im engsten Kreis.

Gisler, Franz, von Schattdorf/UR, 23.01.1930–19.05.2018, Haltlingerstr. 63, Basel, wurde bestattet.

Imhasly-Nyfeiler, Theodor, von Fieschertal/VS, 01.08.1928–26.05.2018, Gustav Wenk-Str. 47, Basel, Trauerfeier im engsten Kreis.

Kestenholz, Claudia, von Basel/BS, 25.12.1952–11.05.2018, Homburgerstr. 4, Basel, wurde bestattet.

Künzle, Heinz, von Ebnat-Kappel/SG, 06.09.1943–24.05.2018, Bruderholzweg 21, Basel, wurde bestattet.

Lips-Kerimzade, Max Victor, von Basel/BS, 31.03.1928–18.05.2018, St. Alban-Anlage 25, Basel, wurde bestattet.

Marchand, Suzanne, von Basel/BS, 19.08.1923–14.05.2018, Mülhauerstr. 35, Basel, wurde bestattet.

Monsch-Hutin, Orvil Abraham, von Basel/BS, Flond/GR, 16.07.1917–23.05.2018, Grellingerstr. 85, Basel, Trauerfeier: Mittwoch, 06.06., 14.00 Uhr, Kapelle Bethesda-Spital.

Oberle, Jan-Paul, von Basel/BS, 28.07.1935–13.05.2018, Steinengraben 77, Basel, wurde bestattet.

Pfaltz, Renate Ilse, von Basel/BS, 26.08.1922–20.05.2018, Meret Oppenheim-Str. 62, Basel, Trauerfeier: Montag, 04.06., 14.00 Uhr, St. Margarethenkirche, Binningen.

Rast, Peter, von Ebiikon/LU, 29.08.1967–12.05.2018, Lothringerstr. 23, Basel, wurde bestattet.

Riebel-Landolt, Werner, von Basel/BS, 18.08.1941–19.05.2018, Fürstensteinerstr. 97, Basel, wurde bestattet.

Scherrer-Wetli, Alice Berta Lina, von Schüpfheim/LU, 02.08.1924–07.05.2018, Maispracherweg 5, Basel, wurde bestattet.

Schumacher-Böckle, Andreas Johann, von Langnau bei Reiden/LU, 05.10.1937–21.05.2018, Markgräflerstr. 19, Basel, wurde bestattet.

Sigg-Voss, Friedrich, von Waltalingen/ZH, 14.12.1930–29.05.2018, Neuweilerstr. 18, Basel, Trauerfeier: Mittwoch, 06.06., 11.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Stalder-Kuster, Susanna, von Basel/BS, 01.06.1925–15.05.2018, Schwörstädterstr. 10, Basel, wurde bestattet.

Stocker-Frey, Klara Rosa, von Basel/BS, 28.07.1919–22.05.2018, Allmendstr. 40, Basel, Trauerfeier: Dienstag, 05.06., 14.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

von Huben, Liselotte, von Basel/BS, 30.09.1927–17.05.2018, Wiesenstr. 51, Basel, wurde bestattet.

Wanner, Verena Louise, von Basel/BS, 03.10.1938–18.05.2018, Gellertstr. 138, Basel, Trauerfeier: Dienstag, 05.06., 14.00 Uhr, Kapelle des Bethesda-Spitals, Gellertstrasse 144.

Weber-Riedener, Dietrich, von Basel/BS, 09.09.1942–28.05.2018, Hardrain 7, Basel, wurde bestattet.

Birsfelden

Calogero, Condello, von Birsfelden/BL, 20.10.1940–28.05.2018, Sonnenbergstr. 40, Birsfelden, wurde bestattet.

Primavera-Fregonese, Massimo, aus Italien, 11.01.1955–22.05.2018, Am Stausee 44, Birsfelden, wurde bestattet.

Spina, Vincenzo Rosario, aus Italien, 17.10.1937–28.05.2018, Gartenstr. 11, Birsfelden, Beisetzung: Freitag 08.06., 14.00 Uhr, Friedhof Birsfelden.

Füllinsdorf

Köpfer, Sigrid Renate, aus Deutschland, 11.12.1954–17.05.2018, Ergolzstr. 42, c/o VSP BL, Füllinsdorf, Abdankung: Freitag, 01.06., 14.00 Uhr, Abdankungskapelle, Friedhof Blözen, Pratteln.

Muttenz

Bernhard-Spänhauer, Heidi, von Muttenz/BL, Langenthal/BE, 19.05.1936–17.05.2018, Lachmattstr. 53, Muttenz, wurde bestattet.

Haag-Stohler, Verena Margrit, von Muttenz/BL, 11.12.1947–17.05.2018, Brühlweg 47, Muttenz, Bestattung, wurde bestattet.

Jecklin-Giess, Marie Therese Agnes, von Schiers/GR, 07.03.1944–22.05.2018, Neue Bahnhofstr. 113, Muttenz, Trauerfeier: Montag, 04.06., 14.00 Uhr, röm.-kath. Kirche Muttenz.

Maiorano-Zingo, Giuseppe, aus Italien, 23.02.1935–27.05.2018, Bahnhofstr. 51, Muttenz, Trauerfeier: Freitag, 01.06., 13.30 Uhr, röm.-kath. Kirche Muttenz, Friedhof Muttenz.

Schnider-Brönnimann, Elsbeth Wiltraut, von Grenchen/SO, 27.07.1938–20.05.2018, Seemättlistr. 6, Muttenz, wurde bestattet.

Pratteln

Schwob-Stingelin, Susanne, von Pratteln/BL, 05.11.1936–25.05.2018, Burggartenstr. 6, Pratteln, Abdankung: Dienstag, 05.06., 14.30 Uhr, reformierte Kirche.

Zollinger, Gustav Heinrich, von Gossau/ZH, 31.05.1927–25.05.2018, Zehntenstr. 14, c/o APH Senevita, Pratteln, Abdankung im engsten Familienkreis.

Reinach

Stamm-Cueni, Franz, von Basel/BS, 22.09.1945–24.05.2018, Hinterbergweg 14, Reinach, Trauerfeier: Mittwoch, wurde bestattet.

Riehen

Diriwächter, Dora Hedwig, von Basel/BS, 10.10.1912–12.05.2018, Schützen-gasse 60, Riehen, wurde bestattet.

Eichenberger-Von-esch, Irma, von Landiswil/BE, 13.06.1921–20.05.2018, Aeussere Baselstr. 277, Riehen, wurde bestattet.

Ghiotto-Schneeberger, Guido Gino, von Basel/BS, 26.12.1942–16.05.2018, Brünnlirain 9A, Riehen, wurde bestattet.

Hufschmid-Müller, Hans Reinhard, von Basel/BS, 01.05.1932–22.05.2018, Rüchligweg 119, Riehen, Trauerfeier im engsten Kreis.

Kähli-Brunner, Lilli Eva, von Riehen/BS, 05.04.1939–22.05.2018, Rüdinstr. 56, Riehen, wurde bestattet.

Käppeli-Aebin, Giovanni Augusto Virgilio, von Luzern/LU,

Bodio/TI, 10.02.1926–16.05.2018, Rheintalweg 72, Riehen, wurde bestattet.

Sarasin-Grogg, Hans Lukas, von Basel/BS, 09.04.1927–19.05.2018, Wenkenhaldenweg 36, Riehen, wurde bestattet.

Smith, Elisabeth Siegrun, aus Deutschland, 05.08.1954–26.05.2018, Gotenstr. 36, Riehen, wurde bestattet.

Zimmermann-Amstutz, Peter, von Oberwil/BL, 25.09.1947–22.05.2018, Niederholzstr. 63, Riehen, Trauerfeier: Mittwoch, 06.06., 15.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

*Erst auf jenen letzten Stufen
Dürfen wir uns Ruhe gönnen,
Wo wir, väterlich gerufen,
Schon den Himmel schauen können.
Hermann Hesse*

Traurig nehmen wir Abschied von meiner lieben Frau, Mutter, Nichte, Cousine und Freundin

Susanne Leisibach-Blaser
9. September 1954 – 28. Mai 2018

In Liebe und Dankbarkeit
Edwin und Erik Leisibach

Die Urnenbeisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Die Abdankungsfeier findet am Dienstag, 5. Juni 2018, um 16 Uhr in der evang. ref. Kirche St. Arbogast in Muttenz statt.

Anstelle von Blumen gedenke man der Krebsliga Schweiz,
Postkonto: 30-4843-9, IBAN CH 95 0900 0000 3000 4843 9.

Traueradresse: Edwin Leisibach-Blaser, Föhrenweg 9, 4132 Muttenz

laufend aktualisiert:
tageswoche.ch/todesanzeigen

Die Stellungnahme der Polizei

Eine Antwort bekam ich nicht. Der Polizist drehte sich ab, als ich auf sein Namensschild schauen wollte. Ich wies ihn darauf hin, dass er sich ausweisen müsse. Worauf er sein Klettverschluss-Namensschild von der Uniform nahm. Ich wies ihn darauf hin, dass er das nicht tun dürfe und dass er sich auszuweisen habe. Ich erhielt keine Antwort.

Eine Weile später sah ich den Polizisten auf der Wiese stehen. Ich wollte sehen, ob sein Namensschild wieder an seiner Uniform war. Ich filmte. Es ist erstaunlich, was so ein Handy ausmacht. Der Polizist war jetzt plötzlich anständig und hilfsbereit. «Könne dr abstelle? S isch e polizeilichi Kontrolle. Ir könnted jedds abstelle.» In ruhigem und anständigem Ton. Ich sagte, es sei öffentlicher Grund. Er unaufgefordert: «Sie hän jedds all unseri Nämte. Si könne jedds abstelle.» Warum er sich vorher nicht ausweisen wollte, wollte ich wissen. Er bestritt alles und erklärte mir, dass er immer zeigen müsse, wer er sei.

Schlechtes Gewissen

Auch wenn mir zwei Tage später ein Polizist ein Gespräch angeboten hat, werde ich Beschwerde einreichen. Ich bin pessimistisch. Die Polizisten werden wohl einen ausführlichen Rapport schreiben müssen. Sie werden bestreiten. Besonders bei kleineren Verstössen und Delikten schützen sich die PolizistInnen gegenseitig. Ich werde als Passant, der den Einsatz störte, abgetan. Die Polizei wird wohl denken, ich sei ein Querulant mit einem Autoritätsproblem. Die Sichtweise der Polizei ist ihrer Medienmitteilung zu entnehmen.

Aber dennoch: Es lohnt sich! Denn nur so kann man die Bevölkerung auf Missstände aufmerksam machen. Und darum geht es hier. Ich beschwere mich nicht über die Kontrolle. Ich beschwere mich über die Art und Weise der Kontrolle. Denn sie hätte so ablaufen können, wie die Musterkontrolle in einer Präsentation der Kantonspolizei Basel-Stadt: 2 Minuten 30 Sekunden. Anständig, respektvoll, würdevoll und frei von Gewalt.

Ich habe ein schlechtes Gewissen. Der kontrollierte Junge fühlte sich womöglich von mir bestärkt. Obwohl ich ihn nie – zu keinem Zeitpunkt – angestachelt habe, Widerstand zu leisten. Ich nervte die Polizisten. Denn diese wollen nur ungestört ihre Arbeit machen. Vielleicht wäre die Situation nicht eskaliert, hätte ich einfach nur zugeschaut. Meine Tochter hätte dann auch nicht weinen müssen. Ich frage mich, ob die Polizisten auch ein schlechtes Gewissen haben? Ob sie sich ihrer Schuld bewusst sind. Werden sie sich zu einem Deeskalationskurs anmelden?

Die TagesWoche hat dem Justiz- und Sicherheitsdepartement einen Fragenkatalog vorgelegt. Sprecher Toprak Yerguz beantwortet diese nebenstehend. ×

In der Online-Version dieses Artikels finden Sie zwei Videos der Ereignisse: <https://tageswoche.ch/+jos37>

Wird die Polizei die Vorwürfe gegen diesen Einsatz untersuchen?

Ganz allgemein können wir sagen, dass nach solchen Einsätzen Debriefings stattfinden, in welchen die Erkenntnisse gesammelt werden und in die weitere polizeiliche Arbeit einfließen. Aufgrund der Heftigkeit der Geschehnisse gegen unsere Mitarbeiter und der hohen Zahl an Beteiligten während der Personenkontrolle ist das Debriefing in diesem Fall noch nicht abgeschlossen.

Weshalb wurden die beiden Personen kontrolliert?

Wie verweisen auf die Medienmitteilung: «Die Kantonspolizei Basel-Stadt hat am Donnerstagnachmittag um rund 14.30 Uhr bei der Suche nach einer ausgeschriebenen Person eine Personenkontrolle auf der Dreirosenanlage durchgeführt.» Die Person wurde von der Kriminalpolizei der Staatsanwaltschaft ausgeschrieben.

«Wir müssen festhalten, dass der Einsatz ruhig begann und erst eskalierte, als sich Passanten einmischten.»

Polizeisprecher Toprak Yerguz

Warum wird eine Personenkontrolle absichtlich vor Kindern durchgeführt?

Kontrollen werden nicht «absichtlich» vor Kindern durchgeführt. Sie finden in der Öffentlichkeit statt, wo sich auch Kinder aufhalten können. Die Kantonspolizei ist verpflichtet, für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen. Im Fall der Dreirosenanlage patrouilliert die Polizei auch ausserhalb der genannten Personenkontrolle immer wieder vor Ort, damit sich dort kein Drogenumschlagplatz entwickelt – gerade zum Schutz des sich dort befindenden Spielplatzes. Personenkontrollen arten zudem in den seltensten Fällen so aus wie im vorliegenden Fall. Im Idealfall zeigen die kontrollierten Personen ihre Ausweispapiere und nach wenigen Minuten ist die Angelegenheit vorbei, sofern nichts polizeilich Relevantes vorliegt.

Dürfen Polizisten ihr Namensschild demonstrativ entfernen?

Ich verweise auf Polizeigesetz und -verordnung. (Dort heisst es: «Wird die Uniform getragen, so gilt diese grundsätzlich als Legitimation. Uniformierte tragen ein Namensschild; der Regierungsrat bestimmt auf dem Verordnungsweg, wann anstelle des Namensschildes eine andere individualisierende Kennzeichnung oder in besonderen Fällen keine solche Kennzeichnung getragen wird.» Anm. d. Red.)

Was geschieht nun? Wird solches Verhalten sanktioniert?

Auf Seite der Polizei: Siehe Antwort Frage 1: Nach solchen Einsätzen finden Debriefings statt, in welchen die Erkenntnisse gesammelt werden und in die weitere polizeiliche Arbeit einfließen. Aufgrund der Heftigkeit der Geschehnisse gegen unsere Mitarbeiter und der hohen Zahl an Beteiligten während der Personenkontrolle ist das Debriefing in diesem Fall noch nicht abgeschlossen. Auf Seite Passanten und Kontrollierte: Um eine Eskalation zu verhindern, sollten Kontrollen nicht gestört werden. Wie erwähnt: Im Idealfall zeigen die kontrollierten Personen ihre Ausweispapiere und nach wenigen Minuten ist die Angelegenheit vorbei, sofern nichts polizeilich Relevantes vorliegt.

Nimmt man mit solchem Verhalten nicht in Kauf, dass Situationen eskalieren, die man vielleicht ohne Gewalt hätte abwickeln können?

Wir müssen hier ganz klar festhalten, dass der Einsatz ruhig begann und erst eskalierte, als sich Passanten einmischten und die Kontrollierten aufwiegelten. Also unsere Gegenfrage: Nimmt man mit solchem Verhalten nicht in Kauf, dass Situationen eskalieren, die man vielleicht ohne Gewalt hätte abwickeln können?

Entspricht es der Praxis der Kantonspolizei Basel-Stadt, dass Kontrollierte und Drittpersonen geduzt werden?

Die Kantonspolizei Basel-Stadt spricht die Bevölkerung per Sie an. Werden die Polizisten jedoch selbst konsequent geduzt, nehmen sie sich dasselbe Recht heraus. ×

ANZEIGE

tm
TONI MÜLLER
WOHNKULTUR

SUMMER
SALE

31. MAI BIS 2. JUNI 2018

www.tonimueeller.ch | Toni Müller Wohnkultur
St. Jakobs-Strasse 148 | 4132 Muttenz

Weltpremiere

«Fair-Orgel» fürs neue Stadtcasino

von Dorothee Adrian

Im Rahmen der Renovation des Stadtcasinos Basel wird eine gänzlich neue Orgel gebaut. Die rund 2,5 Millionen Franken werden durch Spenden finanziert, ab Herbst 2020 soll das Instrument im Einsatz sein. Ursprünglich war geplant gewesen, die bestehende Orgel zu reinigen und einer Revision zu unterziehen. Doch schon bald fanden sich viele namhafte Befürworter für eine neue Orgel, die den Verein neue Orgel Stadtcasino Basel (VNOSB) gründeten.

Auf der Website dieses Vereins greift Raphael Immoos, künstlerischer Leiter der Basler Madrigalisten und Professor für Chorleitung an der Hochschule für Musik Basel, ziemlich hoch: «Falls der Konzertsaal des Stadtcasinos sich zu den innovativen, international renommierten Sälen zählen möchte wie beispielsweise das KKL oder die Elbphilharmonie Hamburg, so ist eine Konzertorgel auf orgelbautechnisch neuem Stand unerlässlich. Nur so wird das Publikum die zahlreichen Chor- und Orchesterwerke mit obligater Orgel überhaupt gebührend geniessen können!»

Bis heute sind über 2,14 Millionen Franken an privaten Spenden für die Orgel eingegangen. Die Kommission der Casino-Gesellschaft Basel hat nun dem Antrag des Vereins zugestimmt, die gewünschte neue Orgel bauen zu lassen.

Das Besondere: Erstmals wird für den Bau einer Orgel konfliktfreies Zinn verwendet. Der Anstoss dazu kam vom Organisten Thilo Muster, Vorsitzender der Fachkommission. «Ich hatte ein Fairphone und habe mir überlegt: In einem Smartphone sind ein paar Gramm Zinn drin. In einer durchschnittlichen Orgel ist es eine Tonne!» Muster begann zu recherchieren und fand eine Orgelbaufirma, die sich auf das Projekt einlässt. «Bisher gab es die Strukturen noch nicht, an zertifiziertes Zinn zu kommen. Das wird aber immer besser», so Muster.

Zertifiziertes Zinn

Die Zürcher Firma Metzler Orgelbau wird nun mit dem Bau beauftragt und Zinn aus zertifizierten europäischen Schmelzereien verwenden. Das Holz wird einheimisch sein. Die Orgel wird 54 Register haben, vier Manuale und ein Pedal, das laut Medienmitteilung «den Stil der französischen Romantik und der englischen Town-Hall-Orgeln kombiniert».

Als Novum für eine Konzertsaalorgel ist geplant, ein sogenannt winddynamisches Orgelwerk einzubauen, das «ganz neue Klänge und Klangverbindungen» ermöglichen und zeitgenössische Komponisten «zu neuen Werken anregen dürfte». Das wird ein Genuss. ×

Schwimmer der Woche



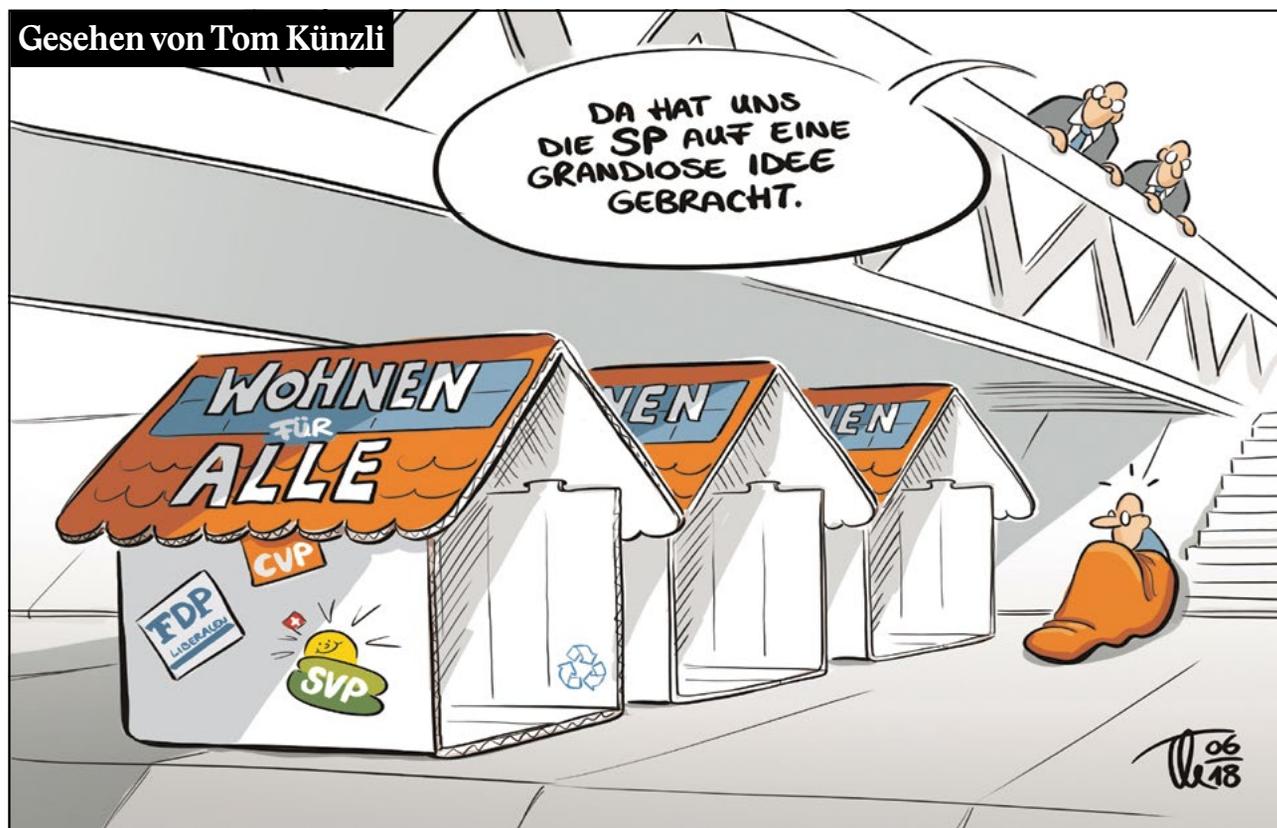
Werner Keller

von TaWo

Am Wochenende fand im Sportbad St. Jakob der 10. Internationale Basler Cup im Schwimmen statt. 651 Athletinnen und Athleten standen auf den Startblöcken. Der Basler Cup ging in der Gesamtwertung an Nina Imboden (Swim Team Biel-Bienne) und Tolunay Akçay (Schwimmverein beider Basel).

Für das grösste Aufsehen sorgte allerdings Werner Keller. Der 94-jährige Basler gilt als einer der ältesten Schwimmer weltweit. Er startete als Einziger in seiner Alterskategorie über 100 Meter Freistil und erreichte unter grossem Beifall nach vier Minuten und fünf Sekunden das Ziel: Damit stellte Keller einen neuen Schweizer Rekord auf. Wir gratulieren! ×

Gesehen von Tom Künzli



Tom Künzli ist als Illustrator für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften tätig. Der 43-Jährige wohnt in Bern.

Velostadt Basel?

von Dominique Spirgi

Der neue Basler Verkehrsindex zeigt: Auf den Strassen der Stadt nimmt der Veloverkehr zu, der Autoverkehr ab und der öffentliche Verkehr wird weniger genutzt. So weit die Statistik.

«Die Basler Verkehrspolitik zeigt erfreuliche Wirkung», heisst es in einer Medienmitteilung. Das Amt für Mobilität kommentiert die aktuellen Zahlen:

Der **Veloverkehr** hat von 2016 auf 2017 um 3 Prozent zugenommen. In den vergangenen sieben Jahren hat die Zahl der Velofahrten sogar um 26 Prozent zugenommen. Die Zahl der **Autofahrten** auf den Stadtstrassen ging von 2016 auf 2017 um zwei Prozent zurück. Im Sieben-Jahres-Vergleich ist ein Rückgang um 5 Prozent zu verzeichnen. Der Verkehr auf den Hochleistungsstrassen des Bundes ist im selben Zeitraum um 10 Prozent angewachsen. Die Nutzung des **öffentlichen Verkehrs** ging von 2015 bis 2017 um zwei Prozent zurück. Im Sieben-Jahres-Vergleich ist aber eine Zunahme von 8 Prozent zu verzeichnen.

So weit die Indexzahlen. Diese bilden aber nur die prozentuale Entwicklung ab. Das Bild eines werdenden Veloparadieses relativiert sich massiv, wenn man den Stadtverkehr nach absoluten Zahlen aufzuschlüsseln versucht.

Massiv mehr Auto- als Velofahrten

Gar nicht so einfach, ergibt eine Anfrage beim Amt. Denn die Zahlen aus den diversen Zählstellen werden nicht automatisch addiert und hochgerechnet. Sie erlauben aber Stichproben: So wird die Viaduktstrasse auf der Höhe des Rialto täglich von 11 000 Autos befahren. Also ziemlich genau doppelt so viel wie die 5600 gezählten Velofahrten pro Tag. Das selbe Verhältnis zeigt sich auch an anderen Stellen. Es sind also noch immer sehr viel mehr Autos auf Basels Strassen unterwegs als Velos. Simon Kettler, Leiter Mobilitätsstrategie beim Amt für Mobilität, bestätigt dies.

Einen noch markanteren Unterschied zeigt der Vergleich der zurückgelegten Strecken pro Tag – ein Wert, der für das Gesamtverkehrsbild wesentlich ist. Laut Kettler ist der Veloanteil bei den gesamten Tagesdistanzen mit 6,2 Prozent sieben Mal kleiner als der Autoanteil von 42,5 Prozent.

Auffallend ist, dass die Nutzung des öffentlichen Verkehrs seit 2015 rückläufig ist. Das Amt führt dies einerseits auf die vielen grossen Trambauustellen zurück, andererseits auf die gestiegenen Tarife, heisst es in der Mitteilung. Das U-Abo sei vor allem für Pendler finanziell attraktiv, «wer es aber lediglich für innerstädtische Fahrten nutzt, zahlt in Basel im Vergleich mit anderen Städten wie Bern oder Genf mehr.»



Der ganze Verkehr aus dem St. Johann auf einer Spur: Das wird heiter. FOTO: TINO BRUNI

Baustelle

Verkehrschao vor Unispital

von Matthias Oppliger

Trötende Hupen, entnervte Automobilisten, verunsicherte Velofahrer, dazwischen eifrig dirigierende Verkehrspolizisten: Auf der Spitalstrasse im Abschnitt zwischen Totentanz und Schanzenstrasse herrscht am Mittwoch das reine Chaos. Das Tiefbauamt reiss den spitalseitigen Teil der Strasse auf, weil eine neue Fernwärmeleitung gelegt sowie Wasser- und Stromleitungen erneuert werden sollen.

Mit Bus-Verzögerungen rechnen

Die Strasse wird deshalb bis Juli 2019 nur einspurig befahrbar sein. Wer vom St. Johann her in die Stadt fahren will, wird über die St. Johanns-Vorstadt umgeleitet. Nur Velo und Bus dürfen die Spitalstrasse durchgehend in beide Richtungen passieren. Dafür wurde auf einem Teil des Trottoirs eine separate Velospur angelegt. Fussgänger und Velofahrer müssen sich künftig einen sehr knappen – an der engsten Stelle knapp einen Meter breiten – Weg teilen.

Ausserdem gehen sämtliche Veloparkplätze auf beiden Seiten der Spitalstrasse verloren. Das Tiefbauamt hat deshalb beim Kinderspital 200 Ersatzplätze eingerichtet. Es wurde auch eine Ampel auf-

stellt, um den Gegenverkehr zu kontrollieren. Wenn also ein Bus Richtung St. Johann die Stadt verlässt, wird der Verkehr stadtwärts gestoppt. Dies dürfte häufig passieren, denn auf der Strecke verkehren insgesamt sechs Buslinien: Die Nummern 31, 33, 34 und 36, ausserdem die beiden Distribus 603 und 604. Mit Gegenverkehr ist also ständig zu rechnen. Die BVB gehen deshalb auch davon aus, dass es wie bei allen Baustellen zu Verzögerungen kommen wird.

Obwohl sich diese neue Baustelle direkt vor dem Eingang zum Klinikum 1 des Unispitals befindet, sieht Spitalsprecher Thomas Pfluger kein Problem: «Wir rechnen mit keinen Einschränkungen betreffend Zugänglichkeit und auch mit keinen anderen wesentlichen Auswirkungen.» Die Bauarbeiten seien mit dem Unispital abgesprochen worden, sagt Pfluger. «Wie üblich bei solchen Vorhaben gehen wir aber davon aus, dass es zu Lärmimmissionen kommt, die auch unsere Patientinnen und Patienten und die Mitarbeitenden in beschränkten Rahmen betreffen könnten.»

ANZEIGE

T 061 883 13 13

Mi 06.06. 20:00
«Ein Fall für Fünf» – Eunoia Quintett

Do 07.06. 20:00 · Route des voix
«Lobet die Nacht» – SoloVoices & thélème

www.garedunord.ch

GARE DU NORD

Bildstoff

360°

Pahoa

Hier wird nicht die achte Staffel von «Game of Thrones» gedreht, dieses bedrohliche Schauspiel kommt aus der Natur. Giftige Lava aus dem Vulkan Kilauea überquert die Po-hoiki Road in der Nähe des hawaiischen Pahoa.

MARCO GARCIA/
REUTERS



Karatschi

Glühend heiss ist es auch im pakistanschen Karatschi. Ein paar Wassertropfen spenden zumindest kurzzeitig Abkühlung.

AKHTAR SOOMRO/
REUTERS



Langley

Paul «Loco» Lopez hat seinen Beinamen nicht fürs «verrückte» Anheizen des Klimas bekommen, sondern für seine waghalsigen Flugmanöver mit dem F-22 Raptor, hier in Virginia.

U.S. AIR FORCE/
REUTERS



Dülmen

Viel bodenständiger ist diese Parade im nordrhein-westfälischen Dülmen. Vor dem Auftritt der Wildpferde zeigt der Dresseur, was Hund und Hündchen bei ihm gelernt haben.

LEON KUEGELER/
REUTERS



Singapur

Was stinkt dem Diktator jetzt schon wieder? Ach so, das ist Kim-Jong-un-Nachahmer Howard beim Besuch des Kulturzentrums Esplanade in Singapur. In seiner Hand hält er eine grosse Durian. Von dieser Frucht heisst es, sie schmecke himmlisch und stinke höllisch.

EDGAR SU/
REUTERS



Soll es im Wallis Olympische Spiele geben? Sagt der Kanton Ja, will der Bund ohne Abstimmung eine Milliarde sprechen. Doch die Skepsis gegen den Gigantismus im Sporttrikot überwiegt.

Olympisches Feuer auf dem Matterhorn

von Georg Kreis

Am 10. Juni wird im Wallis darüber abgestimmt, ob der Kanton dem Projekt «Sion 2026» einen Verpflichtungskredit von 100 Millionen Franken zur Verfügung stellen soll. Kommt eine Ja-Mehrheit zustande, wird der Bund sehr wahrscheinlich eine Milliarde Franken dazulegen, damit das olympische Feuer für Winterspiele in acht Jahren in den Schweizer Bergen entzündet werden kann.

Mit einem höchst zwiespältigen Werbegag haben höchst zweifelhafte Promotoren dieses Projekts bereits im Februar auf dem Matterhorn ihr kleines Olympiafeuer entfacht. Per Helikopter haben sie sich zusammen mit einem Fass der Firma Midland Oil hochfliegen lassen und von dort oben erklärt, wie gut und wie wichtig das Olympiaprojekt sei: «Ravivez la flamme!», entfacht die Flamme. Es ist die der rücksichtslosen Profitmacherei.

Anschliessend wurden sie von der Walliser Dienststelle für Umwelt wegen «unsachgemässer Verbrennung von Abfällen» gebüsst: 200 Franken plus 254 Franken Gerichtskosten.

Begeisterung und Abscheu

Schauen wir uns die drei Promotoren an: Der harmloseste und naivste des Trios ist der ehemalige Skirennfahrer Pirmin Zurbriggen. Dann haben wir Staatsrat Christophe Darbellay, bekannt als Mann populistischer Schlagwortpolitik, etwa seine Forderung nach einem flächendeckenden Burkaverbot. Und schliesslich die Hauptfigur: der wegen Tätlichkeiten sanktionierte lokale Fussballkönig Christian Constantin.

Vielleicht entfachte das symbolische Matterhorn-Feuerchen da und dort zusätzliche Begeisterung. Zu hoffen ist aber, dass die Aktion auch Abscheu und Widerwillen verstärkt hat, weil sie zeigt, was für eine Piratenmentalität da am Werk ist. Dazu passen die «Informationsveranstaltungen», die aber reine Indoktrinierungsanlässe ohne Gegenredner sind. Dazu passt, dass die Kostenziffer auf dem Walliser Abstimmungstalon nicht genannt wird. Und dass neueste Kostenschätzungen bewusst für die Zeit nach dem Abstimmungstermin zurückbehalten werden und das Internationale Olympische Komitee (IOC) den Host-City-Vertrag mit Sion erst nach dem 10. Juni auf den Tisch legen wird.

Das Walliser Volk ist gespalten. Nicht überraschend die parteipolitische Verteilung: Das linke Lager spricht sich dagegen aus, das rechte Lager eher dafür. Und die Mitte tendiert in diesem Fall nach links. Das sich abzeichnende Nein kann als Emanzipationsakt verstanden werden, als Befreiung von der im Wallis bisher dominierenden Obrigkeitskultur. Nachdenklich könnte machen: Frauen zeigen sich gegenüber der Olympia-Kandidatur eindeutig zurückhaltender als Männer.

Steuergelder könnten besser für Schulsilager eingesetzt werden, finden die Gegner.

In der am 22. Mai publizierten Umfrage von «sotomo» verdeutlicht sich der Neintrend mit 58 zu 42 Prozent. Vielleicht mobilisiert diese Zwischenmeldung noch einige Olympia-Befürworter. Das Meinungsbild ist aber so weit fortgeschritten, dass es kaum noch gekehrt werden kann. Auch die Meinungen in der ganzen Eidgenossenschaft weisen eine ablehnende Mehrheit auf: 59 Nein und eher Nein versus 36 mit Ja und eher Ja.

An der Spitze des Vorhabens präsentieren sich vor den Walliser Hintermännern zwei prominente Politiker aus der, wie man im Wallis sagt, «Üsserschwiz»: der Zürcher SVP-Nationalrat Jürg Stahl, Luftwaffenmajor, Nationalratspräsident

2016/17 und seit November 2017 Präsident von Swiss Olympic, und der Bieler Hans Stöckli, SP-Ständerat für den Kanton Bern. Der eine mit 130 000 Franken, der andere mit 90 000 Franken auf der Lohnliste des Unternehmens. Beide agieren mit ihrem Engagement gegen die Mehrheitsmeinung ihrer eigenen Parteien.

Das Wallis auf die Weltbühne heben

Die Argumente sind die üblichen: wirtschaftliche Impulse für den schwachen Kanton, 6000 zusätzliche Arbeitsplätze, die Marketingmöglichkeiten für Schweizer Tourismus, die Stärkung der gesamtschweizerischen Kohäsion, die Nachwuchsförderung im Spitzensport mit Zusatzwirkung auf den Breitensport.

Und ein ganz wichtiges Schlagwort: «Das Wallis auf der Weltbühne präsentieren!» Die Befürworter bemühen sich, die gegnerischen Vorbehalte zu übernehmen, indem sie Nachhaltigkeit und Naturschutz auf ihre Fahne schreiben. Und sie distanzieren sich vom bisherigen Olympia-Betrieb. Darbellay verkündet laut: «Unsere Spiele werden etwas Neues sein! Man darf nicht immer mit der Vergangenheit vergleichen!» Das verführerische Argument stützt sich auf die 2014 vom IOC verkündete Reform-Agenda. Als ob man sich der Eigengesetzlichkeit dieses Gigantismus entziehen könnte.

Die ablehnende Seite kommt weniger wortgewaltig daher, führt die ökologische Belastung durch solche Spiele ins Feld und macht darauf aufmerksam, dass hier zum Profit weniger eine ganze Region in Mitleidenschaft gezogen würde. Gemäss der jüngsten Umfrage sind es vor allem die finanziellen Risiken und nicht die befürchteten Umweltbelastungen, die zu einem Nein bewegen.

Von der Schwyzer Kantonsregierung werden die Opportunitätskosten als Ablehnungsargument angeführt, das heisst die negativen Auswirkungen auf andere Vorhaben, die wegen Olympia nicht realisiert werden können.

Online



tageswoche.ch/
author/
georg-kreis



«Piratenmentalität»: Ski-Legende Pirmin Zurbriggen entfachte das Feuer – und wurde dafür gebüsst.

FOTO: KEYSTONE

Fachleute betonen, dass ein Teil der genannten Ziele, zum Beispiel die Sportförderung, besser durch direkte Unterstützung als über den Olympia-Umweg erreicht würde. Schulschilager würden besser durch Steuergelder unterstützt, als sie mit Budgetkürzungen zu gefährden.

Kurzes Fest – langer Kater

Zudem weisen die Fachleute darauf hin, dass nach einem kurzen Effekt wie zum Beispiel bei der Expo 02 alles auf das ursprüngliche Wirtschaftsniveau zurückfällt. Wenn es also überhaupt ein Fest gibt, dann nach dem Motto: «Kurzes Fest – langer Kater». Weitere Bedenken lauten: Im Jahr der Winterspiele werden die traditionellen Walliser Kurorte von einem solchen Mega-Event kaum profitieren. Der Rummel mit Menschen- und Verkehrsüberlastung dürfte eher dazu führen, dass diese Region gemieden wird. Zu Recht wird die Frage aufgeworfen, was mit den bei Sion geplanten 5000 neuen Betten geschehen wird, wenn Olympia vorbei ist?

Die Milliarde aus der Bundeskasse soll nach dem Willen des Bundesrats ohne Volksabstimmung bewilligt, das heisst dem Referendum entzogen werden. Die vordergründige Rechtfertigung dieser Vorgehensweise: Eine allfällige Abstimmung

könnte erst nach der offiziellen Anmeldefrist vom 11. Januar 2019 abgehalten werden. Der wahre Grund: eine solche Abstimmung wäre nicht zu gewinnen, wie man sich hüben wie drüben einig ist.

Eine Abstimmung auf Bundesebene soll es nicht geben – sie wäre auch nicht zu gewinnen.

Nun hat aber die von der Bündner SP-Nationalrätin und Pro-Natura-Präsidentin Silva Semadeni angeführte Opposition in der Frühjahrssession einen kaum erwarteten Sieg errungen: mit 92 zu 87 Stimmen kam eine Motion zustande, die eine Abstimmung über das Olympia-Projekt fordert. Semadeni hat sich bereits im vergangenen Jahr mit Erfolg gegen eine Bündner Kandidatur gewehrt. Eine 60-Prozent-Mehrheit sagte damals im Februar 2017 «Nein, danke!», Tourismusorte wie St. Moritz, Davos und Arosa inbegriffen. Das Resultat zeigt: Es gibt auch einen Stolz, der in ein Nein mündet.

Vom Ständerat ist allerdings kaum ein Votum zu erwarten, das einem allfälligen

Walliser Ja entgegenläuft. Auf der unteren Ebene der kantonalen Polizeidirektoren sieht es allerdings anders aus: Dort will man keine Gratispolizisten zur Verfügung stellen, sondern 600 Franken pro Polizist und Tag verrechnen.

Wie mit der Olympia-Milliarde umgegangen werden soll, wird sich in der Herbst- oder Wintersession zeigen – falls die Frage sich dann überhaupt noch stellt. Obsiegt dann im Wallis die ablehnende Seite, ist das Projekt gestorben.

Grossanlässe in Diktaturen

Sion/Sitten mag, wie die Befürworter sagen, die beste aller Kandidaturen gewesen sein, dem IOC bleiben jedoch zahlreiche andere Varianten. Im Gespräch sind Graz, Calgary, Cortina d'Ampezzo, Sapporo, Stockholm, Erzurum.

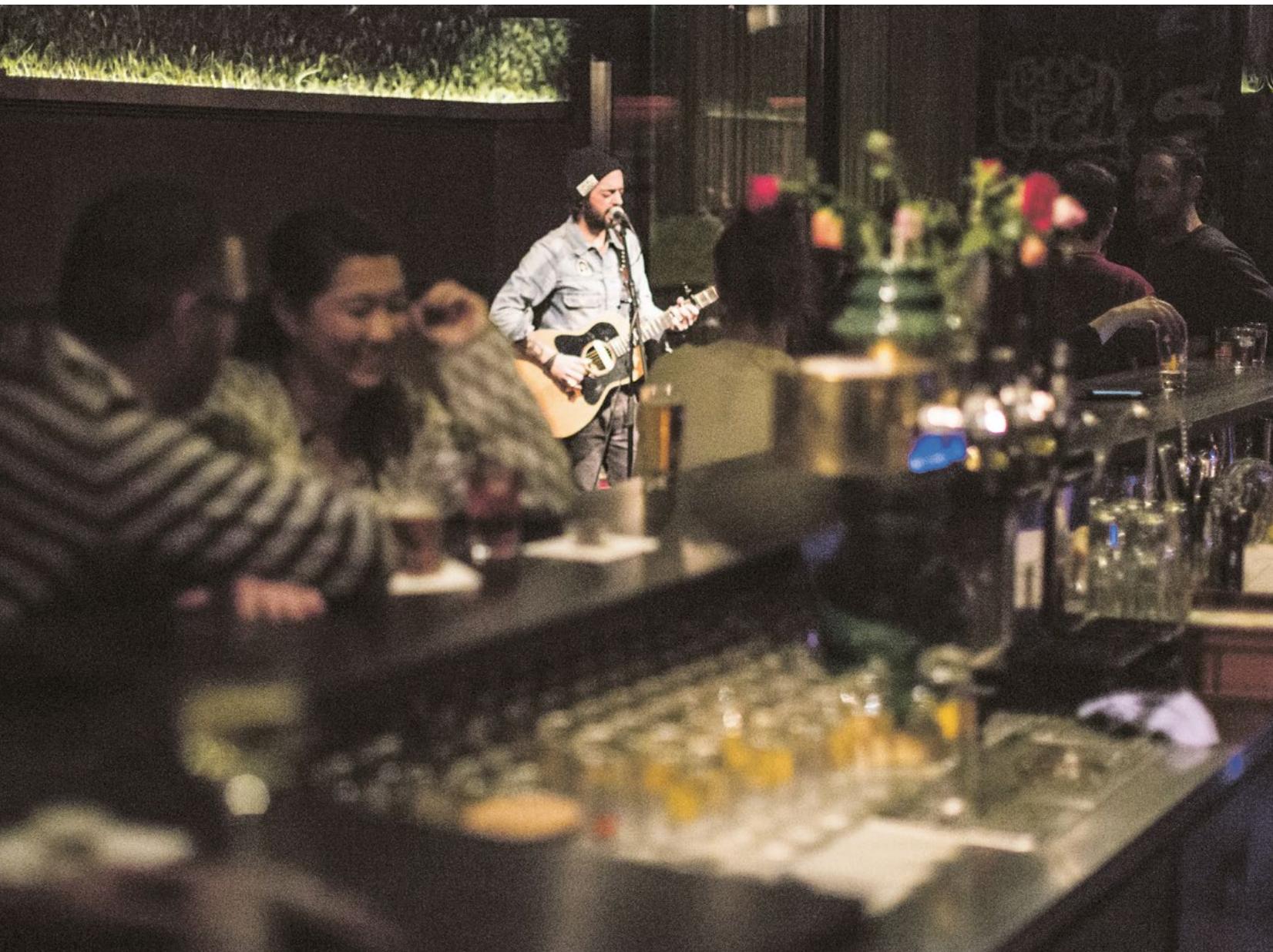
Philipp Loser hat im «Magazin» daran erinnert, dass sportliche Grossanlässe mittlerweile gehäuft in diktatorisch geführten Ländern stattfinden. Die Olympischen Winterspiele 2022 werden etwa in Peking ausgetragen. Die Durchführung im türkischen Erzurum würde Erdogan – wie Putin in Sotschi – die Möglichkeit geben, sich als politischer Sportzirkusdirektor aufzuspielen, sofern er dann nicht bereits der Vergangenheit angehört. ×

Null Toleranz für Pub-Karaoke und Hochzeitsbands und schier unmögliche Selbstkontrolle: Die verschärften Lärmvorschriften lösen bei Gastronomen Existenzängste aus.

Nur die Guggen dürfen weiter lärmern

Beizen und Bands will die neue Verordnung einen Dämpfer verpassen.

FOTO: ELENI KOUGIONIS



von Olivier Joliat

Maurus Ebnetter macht sich Sorgen. Der Vertreter des Wirtverbandes Basel-Stadt sagt: «Bisher sorgten wir uns wegen Lärmklagen von Nachbarn. Doch bald droht vielen Bars, Pubs und Lokalen mit gelegentlichen Anlässen eine weitere Gefahr.» Ebnetters Sorge gilt der neuen Verordnung zum Bundesgesetz über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall (V-NISSG), die 2019 in Kraft treten wird.

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) spricht zwar nur von einer «Präzisierung des Regelungsbedarfs» und kleinen Anpassungen der bisherigen Schallverordnung, die schon heute zu den strengsten der Welt gehört. Doch Ebnetter findet: «Leider fallen nicht nur geringfügige Änderungen an, obwohl das so suggeriert wird. Da kommt was ganz Gefährliches!»

Tatsächlich gibt es eine ganze Reihe von Neuerungen. Am meisten fürchtet Ebnetter die neue Pflicht, bei sämtlichen elektroakustisch verstärkten Veranstaltungen ab 93 Dezibel (dB) Schallaufzeichnungen durchführen zu müssen. Bisher besteht diese Pflicht nur für Veranstaltungen, bei denen der Durchschnitt für länger als drei Stunden über 96 Dezibel liegt.

Als Vergleich aus der Praxis: Das Gesprächslevel in einer gut gefüllten Bar liegt bei 90 Dezibel, mit etwas Hintergrundmusik und steigendem Alkoholpegel schraubt sich der schnell auf über 93 dB. Drei Dezibel mehr entsprechen einer Verdoppelung des Schalldruckes.

Die Verordnung verlangt hochpräzise Messgeräte, die heute nicht mal Staatsbeamte haben.

Verschärft wird das neue Limit von 93 Dezibel durch die zusätzliche Auflage, ausschliesslich Messgeräte einzusetzen, welche der Messmittelverordnung entsprechen. Die Geräte müssen künftig also eine Präzision haben, die heute nicht einmal Vollzugsbeamte bei verdeckten Kontrollen mit Handmessgeräten einhalten können. Bisher genügte selbst für die lauteste Veranstaltungskategorie bis 100 Dezibel pro Stunde günstige und einfach zu bedienende Geräte.

Im Bericht heisst es dazu: «Das Messgerät muss geeicht sein und kalibriert werden. Bei grossen Höhen- oder Temperaturunterschieden ist darauf zu achten, dass das Messgerät unter denselben Bedingungen kalibriert wird, bei denen gemessen wird.» Nicht nur technisch schwierig. Denn ausser bei im Vorfeld ausverkauften Konzerten weiss man selten, wie viele Leute kommen werden.

Die geforderten Geräte kosten mehrere tausend Franken und sind teuer im Unter-

halt. Dies ist vor allem für kleinere Veranstalter, Bars, Lokale und Kulturvereine mit gelegentlichen Musikanlässen oder Quartierfeste ein grosses Problem.

Diese neu geordneten Geräte brauchen ausserdem die fachgerechte Bedienung von Experten, wie sie nur bei den kantonalen Lärmschutzfachstellen oder Akustikbüros zu finden sind. Trotzdem soll nach der neuen Verordnung plötzlich ein grösserer Kreis von Personen – neuerdings zusätzlich auch Musiker und Tontechniker – für Übertretungen auch strafrechtlich haftbar gemacht werden können. Eine Funktion, die bislang staatlichen Stellen vorbehalten war.

Kein Toleranzbereich

Auf die Anfrage der TagesWoche an das BAG, ob der Gewinn an Messgenauigkeit die massiven Mehrkosten und den Mehraufwand rechtfertigt, antwortet Mediensprecher Daniel Dauwalder: «Im Sinne des Gesundheitsschutzes ist es gerechtfertigt, Anforderungen an die Messgeräte der Veranstalter zu stellen, da mit diesen Geräten ja die gesetzlichen Schallpegel sichergestellt werden müssen.»

Gab es unter dem bisherigen Gesetz so viele Übertretungen, dass jetzt Überwachung angebracht ist? Auf diese Frage konnte das BAG weder Zahlen noch Antworten liefern. Ebenso wenig kann das Amt benennen, wie gross die Abweichungen bei den bisher verwendeten Handmessgeräten im Vergleich zu den neu geforderten sind. Und warum gibt es beim Schall, anders etwa als bei der Geschwindigkeitsmessung im Verkehr, keinen Toleranzbereich? Dazu sagt das BAG: «Sowohl die bestehende SLV wie auch der Entwurf V-NISSG äussern sich nicht über die Messgenauigkeit und damit auch nicht über die Tatsache, wie mit Messunsicherheiten umzugehen ist. Im Moment gilt der von der Kontrollbehörde gemessene Wert.»

Fazit: Will man in Zukunft sichergehen, muss man für Veranstaltungen am besten staatlich anerkannte Experten buchen. Denn die wären dann bei Übertretungen haftbar. Ebnetter befürchtet, dass «die Miete des Gerätes und der Lohn des Mess-Experten für eine Hochzeit wohl die Gagen für Bands und DJs übersteigen würde». Wobei es in der Realität wohl kaum so weit kommen dürfte: «Die zuständige Vollzugsbehörde wird in vielen Fällen schlicht sagen können, man erfülle die Messpflicht nicht, und die Bewilligung entziehen.»

Nicht verhältnismässig

Die Gastroverbände kritisieren viele weitere Punkte als weder praxisgerecht noch plausibel oder verhältnismässig. So fordert das verschärfte Gesetz rauchfreie Ruhezonen. In kleinen Betrieben müssten dafür wohl die in den letzten Jahren neu geschaffenen Raucherräume umgenutzt werden. Und Raucher müssten wieder an die frische Luft. Die Lärmklagen der Anwohner wären garantiert. Doch nicht nur

die Gastronomie läuft Sturm gegen die Verordnung, auch andere Berufs- und Kulturverbände kritisieren die V-NISSG harsch. Die Stellungnahmen von Musikschaffenden, Veranstaltern und Akustikexperten sowie der Fachschule für Ton-technik in Zürich beklagen dasselbe.

Der Verband Schweizer Musikschaffender Sonart wettet etwa: «Besonders irritierend ist, dass der erläuternde Bericht zum Vernehmlassungsverfahren suggeriert, dass nur Änderungen geringfügiger Natur anfallen. Dabei handelt es sich um eine irreführende, die effektiven Änderungen und Tatsachen beschönigende Formulierung». Dabei enthält das V-NISSG einen Punkt, der alle elektronisch verstärkte Musizierenden eigentlich freuen müsste.

Die Gleichstellung von unverstärktem und elektronisch verstärktem Schall wäre nur gerecht.

«Die einzige neue Pflicht ergibt sich für Veranstalterinnen und Veranstalter von Veranstaltungen mit unverstärktem Schall über 93 dB(A) (Stundenmittel, Anm. d. Red.). Diese müssen neu für das Publikum gratis Gehörschütze verteilen, was zu geringen Mehrkosten führt», steht im Bericht des Bundes. Die Gleichstellung von unverstärktem und elektronisch verstärktem Schall wäre nichts als gerecht. Denn der Bericht hält fest: «Hohe Schallpegel stellen ein Risiko für unheilbare Gehörschäden dar, unabhängig von deren Quelle und davon, ob sie als angenehm oder unangenehm empfunden werden.»

Lärm ist Lärm, ausser bei Guggen

Anders gesagt: Lärm ist Lärm. Das heisst, dass künftig im Theater, in der Oper, bei Klassikkonzerten sowie Alphörnern an Schwingfesten Gehörschutz verteilt werden muss – sogar an der Fasnacht müssten Warnhinweise angebracht und Gehörschutz verteilt werden, wie in der Vorlage dann ausgeführt wird.

Wobei die Guggenmusiker gemäss dem BAG-Bericht ausser Kategorie laufen: «Obwohl Veranstaltungen mit nicht elektroakustisch verstärktem Schall vielfach einen mittleren Schallpegel von über 100 dB(A) erreichen, ist eine Gleichbehandlung gegenüber Veranstaltungen mit elektroakustisch verstärktem Schall nicht möglich. Dies kann man anhand eines Beispiels verdeutlichen: Einer Guggenmusik kann man nicht vorschreiben leiser zu spielen, damit sie unter einen mittleren Schallpegel von 100 dB(A) kommt.»

Wieso der Schlagzeuger einer Band in derselben Beiz unter 100 Dezibel bleiben muss, während der Perkussionist einer Gugge anscheinend nicht gebremst werden kann, erklärt Mediensprecher Dauwalder: «Die Problematik des lauten Schlagzeu-

Kinoprogramm

Basel und Region 01. bis 07. Juni

BASEL **B-MOVIE** Grellingerstrasse 41 b-movie.ch

• KEINE VORSTELLUNGEN

CAPITOL Steinenvorstadt 36 kitag.com

- **JIM KNOPF UND LUKAS DER LOKOMOTIVFÜHRER** [4/4 J]
FR-MO: 14.00^D
- **SOLO: A STAR WARS STORY** [12/10 J]
FR-MO: 14.00/17.00/20.00^{E/d/f}
- **AVENGERS: INFINITY WAR** [12/10 J]
FR-MO: 16.45/20.00^{E/d/f}
- **JURASSIC WORLD: DAS GEFALLENE KÖNIGREICH** [12/10 J]
MI: 14.45/17.45/20.45^{E/d/f}

KULT.KINO ATELIER Theaterstr. 7 kultkino.ch

- **AU REVOIR LÀ-HAUT** [12/10 J]
FR/SA/MO-MI: 12.15^{E/d}
- **VISAGES VILLAGES** [6/4 J]
18.30–FR/MI: 12.15^{F/d}
- **CLARA HASKIL – LE MYSTÈRE DE L'INTERPRÈTE** [6/4 J]
12.30^{D/val/f}
- **EMMA** [14/12 J]
12.30–MO/DI: 18.20^{l/d/f}
- **THE SELFISH GIANT**
FR: 13.30^{E/d}
- **DAS SCHWEIGENDE KLASSENZIMMER** [12/10 J]
14.00^{Bl/f}
- **THE HAPPY PRINCE** [12/10 J]
20.45–FR/MO-MI: 14.00 SO: 12.30^{E/d}
- **THE BOOKSHOP** [0/0 J]
14.30/18.45–MO-MI: 20.45^{E/d/f}
- **LUIS UND DIE ALIENS** [6/4 J]
14.45^D
- **ZAMA** [16/14 J]
FR: 15.45^{Sp/e}
- **ISLE OF DOGS** [10/8 J]
16.15^{E/d/f}
- **TRANSIT** [12/10 J]
16.20/18.30/20.40^{D/val/f}
- **KNOCK** [8/6 J]
16.30^{F/d}
- **TULLY** [12/10 J]
16.45/18.45/21.00^{E/d/f}
- **AMERICAN PASSAGES**
FR: 18.00^{E/d}
- **THE THIRD MURDER** [12/10 J]
20.30^{3ap/d}
- **FÁTIMA (2017)**
FR: 20.45–SA: 9.30^{Port/e}
- **LA ENFERMEDAD DEL DOMINGO**
SA: 12.45^{Sp/F/e}
- **HEIDI (1952)** [6 J]
SA/SO: 14.00^{Dialekt}
- **PTAKI SPIEWAJA W KIGALI**
SA: 15.00^{Poln/E/e}
- **DARK RIVER**
SA: 17.30^{E/d}
IN ANWESENHEIT VON CLIO BARNARD
- **AMMORE E MALAVITA – LOVE AND BULLETS**
SA: 19.45^{la}
*
SA: 22.30^{ov}
- **O TERMOMETRO DE GALILEU – GALILEO'S THERMOMETER**
SO: 12.30^{Port/le}
- **ANG PANAHON NG HALIMAW – SEASON OF THE DEVIL**
SO: 15.00^{Filipino/Tagalog/e}
- **3 TAGE IN QUIBERON** [12/10 J]
MO-MI: 12.10^{D/f/d/f}
- **LA CH'TITE FAMILLE** [6/4 J]
MO-MI: 14.20^{F/d}
- **YOU WERE NEVER REALLY HERE** [16/14 J]
MO/DI: 16.30^{E/d/f}

KULT.KINO CAMERA Rebgasse 1 kultkino.ch

- **IN DEN GÄNGEN** [12/10 J]
14.00/20.45^D
- **LADY BIRD** [8/6 J]
14.00/21.00^{E/d/f}
- **WEIT – EIN WEG UM DIE WELT** [0/0 J]
15.50^{D/0/d}
- **LOVELESS** [14/12 J]
16.30^{Russ/d}
- **L'APPARTITION** [10/8 J]
18.20^{F/d}
- **THE PRINCE OF NOTHINGWOOD** [16/14 J]
19.00^{Fars/d}
- **APFEL UND VULKAN** [12/10 J]
SO: 11.00^{D/d}
- **UNSERE ERDE 2** [0/0 J]
SO: 12.00^D

NEUES KINO Klybeckstr. 247 neueskinobasel.ch

- **HÉVÍ**
FR: 21.00^{Türk/d}
- **DISOBEDIENCE** [12/10 J]
SO: 20.00^{E/d}

PATHÉ KÜCHLIN Steinenvorstadt 55 pathe.ch

- **SHERLOCK GNOMES** [6/4 J]
10.00–SA/SO: 13.45 SO: 11.50–MI: 11.30/13.30^D
- **EVERY DAY – LETZTENDLICH SIND WIR DEM UNIVERSUM EGAL** [10/8 J]
10.10/12.20/14.30/16.40/18.50–FR-DI: 21.00^D
- **TULLY** [12/10 J]
FR/SO/DI: 10.10–FR/SO: 18.40 FR: 22.50 SA/MO/MI: 12.10/20.45 DI: 17.40^{E/d/f}
- **FR/SO: 12.10/20.45 FR-MO/MI: 14.20/16.30 SA/MO/MI: 10.10/18.40 SA: 22.50 DI: 13.20/15.30/20.30^D**
- **DEADPOOL 2** [16/14 J]
FR/SO/DI: 10.15/20.15 FR/SA: 23.10 SA/MO/MI: 17.45^{E/d/f} 12.45/15.15–FR/SO/DI: 17.45 FR/SA: 22.45 SA/MO/MI: 10.15/20.15^D
- **I FEEL PRETTY** [12/10 J]
17.40/20.00 FR-DI: 10.45/13.00/15.20 FR/SA: 22.20–MI: 10.10/12.30^D
- **AVENGERS: INFINITY WAR – 3D** [12/10 J]
FR/SO: 10.50/19.45 FR-MO/MI: 13.45 SA/MO/MI: 16.45–SA: 22.45 DI: 11.15/14.15^D FR/SO: 16.45–FR: 22.45 SA/MI: 10.50–SA/MO/MI: 19.45 DI: 17.15^{E/d/f}
- **RAMPAGE: BIG MEETS BIGGER – 3D** [12/10 J]
FR/DI: 11.10–FR/SO/DI: 15.45 FR/SO: 20.45–SA/MO: 18.15 MO: 13.20^D
- **LILIANE SUSEWIND – EIN TIERISCHES ABENTEUER** [0/0 J]
FR/DI: 11.20–FR/SO/DI: 15.30 SA/MO/MI: 13.45^D
- **SOLO: A STAR WARS STORY** [12/10 J]
3D: FR-DI: 11.50/17.15/20.00 FR/SA: 22.50–SA/MO: 14.30 MI: 21.00^D 17.45/20.30–FR/SA: 23.20^{E/d/f} 2D: FR/SO/DI: 14.30–MI: 14.50^D
- **BLUMHOUSE PRÄSENTIERT: WAHRHEIT ODER PFLICHT** [14/12 J]
FR/DI: 13.30/18.15 FR/SA: 23.10 SA/MO: 15.45/20.45 MO: 11.10–MI: 15.30^D

- **LUIS UND DIE ALIENS** [6/4 J]
FR/DI: 13.40–SA-MO/MI: 12.00 SA/MO/MI: 16.00–SO: 13.45 MO/MI: 10.10^D
- **PETER HASE** [6/4 J]
SA/SO: 10.00^D
- **ZAUBERLATERNE** [0/0 J]
SA: 10.00^D
- **I'M LOSING IT – YA KHUDEYU**
SO: 18.00^{Russ/e}
- **TSCHICK**
MO: 10.00^D
- **JURASSIC WORLD: DAS GEFALLENE KÖNIGREICH – 3D** [12/10 J]
DI/MI: 20.15 MI: 11.50/14.50/17.30^D DI/MI: 20.30–MI: 17.50^{E/d/f}

REX Steinenvorstadt 29 kitag.com

- **DEADPOOL 2** [16/14 J]
FR-MO: 14.30/17.30/20.30^{E/d/f}
- **EVERY DAY – LETZTENDLICH SIND WIR DEM UNIVERSUM EGAL** [10/8 J]
FR-MO: 15.00^D FR-MO: 18.00/21.00^{E/d}
- **JURASSIC WORLD: DAS GEFALLENE KÖNIGREICH – 3D** [12/10 J]
MI: 14.00/17.00/20.00^{E/d/f}

STADTKINO Klostergasse 5 stadtkinobasel.ch

- **DARK RIVER**
FR: 9.45^{E/d}
- **TRIPOLI CANCELLED**
FR: 12.00^{E/d}
- **AUTO FOCUS**
FR: 14.15^{E/d}
- **PTAKI SPIEWAJA W KIGALI**
FR: 16.15^{Poln/E/e}
- **FIRST REFORMED**
FR: 19.15–SO: 15.15^{E/d}
- **LURFS VISUELLES FEUERWERK**
FR: 22.00^{ohne Dialog}
- **GEDANKEN / RAUM MIT RUTH BECKERMANN**
SA: 10.00^{D/E}
- **BECOMING ANIMAL**
SA: 13.45–SO: 17.20^{E/d}
- **RETHINKING TRANSCENDENTAL STYLE**
SA: 16.15^E
- **HALE COUNTY THIS MORNING, THIS EVENING**
SA: 18.00^{E/d}
- **COBAIN**
SA: 20.15^{Niederländisch/E/e}
- **LIGHT SLEEPER**
SA: 22.45^{E/d}
- **ZAMA** [16/14 J]
SO: 10.45^{Sp/e}
- **KILLER OF SHEEP**
SO: 13.00^{E/d}
- **BILDRAUSCH PREISVERLEIHUNG**
SO: 20.15
- **SOTTO IL SEGNO DELLO SCORPIONE**
MI: 18.30^{le}
- **LA VIDA ES SILBAR** [14 J]
MI: 21.00^{Sp/d/f}

FRICK **MONTI** Kaistenbergstr. 5 fricks-monti.ch

- **SOLO: A STAR WARS STORY – 3D** [12/10 J]
FR-MO: 20.15^D
- **TULLY** [12/10 J]
SA/SO: 18.00^D
- **DEADPOOL 2** [16/14 J]
SO: 15.30^D
- **JURASSIC WORLD: DAS GEFALLENE KÖNIGREICH – 3D** [12/10 J]
MI: 20.15^D

LIESTAL **KINOORIS** Kanonengasse 15 kinooris.ch

- **I FEEL PRETTY** [12/10 J]
FR/SA: 17.45–SO: 15.00^D
- **DEADPOOL 2** [16/14 J]
FR/SA: 20.15–SO/MO: 20.30 DI: 17.15^D
- **BLUMHOUSE PRÄSENTIERT: WAHRHEIT ODER PFLICHT** [14/12 J]
FR: 23.00–SA: 22.45 SO/MO: 18.00^D
- **SHERLOCK GNOMES – 3D** [6/4 J]
SA: 11.00^D
- **LILIANE SUSEWIND – EIN TIERISCHES ABENTEUER** [0/0 J]
SA: 15.00^D
- **JURASSIC WORLD: DAS GEFALLENE KÖNIGREICH – 3D** [12/10 J]
DI/MI: 20.00^D

SPUTNIK Bahnhofplatz palazzo.ch

- **THE TRUE GOST**
FR: 18.00^{E/d}
- **THE THIRD MURDER** [12/10 J]
FR-MO: 20.15^{3ap/d}
- **LOVELESS** [14/12 J]
SA: 17.45–MI: 20.15^{Russ/d/f}
- **THE ETRUSCAN SMILE** [10/8 J]
SO/DI: 18.00^{E/d}
- **ET LES MISTRALS GAGNANTS** [6/4 J]
MO: 18.00^D
- **THE BOOKSHOP** [0/0 J]
DI: 20.15–MI: 18.00^{E/d/f}

SISSACH **PALACE** Felsenstrasse 3a palacesissach.ch

- **TULLY** [12/10 J]
18.00^{E/d/f}
- **SOLO: A STAR WARS STORY** [12/10 J]
20.30^D
- **AUF DER JAGD – WEM GEHÖRT DIE NATUR?** [6/4 J]
SO: 10.30^D

gers ist uns bewusst. Erreicht ein unverstärktes Schlagzeug im Publikumsbereich 100 Dezibel, herrscht in den meisten Fällen auch eine für Konzerte ungeeignete Raumakustik vor (schallharte Wände, kleiner Raum, niedrige Decke). Die Raumakustik lässt sich aber mit relativ einfachen und kostengünstigen Massnahmen erheblich verbessern, was dann auch dem Tontechniker erlaubt, einen besseren und kontrollierbaren Mix zu machen und die 100 Dezibel einzuhalten.»

Eingriff ins künstlerische Schaffen

Es ist fraglich, ob eine Raumvergrößerung mit folgendem Einbau besserer Wände und Decken kostengünstig möglich ist. Dafür liefert das BAG weitere handelsübliche Dämpfungsmöglichkeiten für das Schlagzeug und erklärt, dass auch «gute Becken, Felle, Snare» einen Einfluss auf die Lautstärke haben. Bleibt die Frage, warum man nicht auch Guggen mit Kissen und Dämpfern leiser machen kann. Ebenso unbeantwortet bleibt die Frage der ungleichen Behandlung von Musikern – eine kulturelle Wertung und ein Eingriff ins künstlerische Schaffen.

Ein technokratischer Entwurf, der Praktiker nicht überzeugt.

Dafür fehlt der Fachgruppe, welche die Gesetze verschärfte, wohl das nötige Wissen oder Gehör. Denn gemäss BAG waren bei der Ausarbeitung der neuen Regelungen keine Experten aus Kultur oder Gastro beteiligt, sondern nur Vertreter der kantonalen Behörden, «die im Bereich der Schall- und Laserverordnung an der Front (im Vollzug) tätig sind.»

Die neue Schallschutz-Vorlage wurde Mitte Februar 2018 veröffentlicht und ist bis Ende Mai in der Vernehmlassung. Das entspricht der Prüfungsfrist auf sachliche Richtigkeit, Vollzugstauglichkeit und Akzeptanz für «Vorhaben von erheblicher politischer, finanzieller, wirtschaftlicher, ökologischer, sozialer oder kultureller Tragweite», wie der Bund das Verfahren erklärt.

Die zuständigen Behörden sollten auf die massiven Einwände der Fachleute aus der Praxis hören. Denn herausgekommen ist ein technokratischer Entwurf, der nicht mal die Frontleute aus Basel-Stadt überzeugt. So wollte Matthias Nabholz, Leiter des Amtes für Umwelt und Energie, das hier für Schallkontrollen verantwortlich ist, den Fragenkatalog der TagesWoche nicht beantworten, weil sich das Amt prinzipiell nicht zu einer Vorlage in Vernehmlassung äussere.

So viel sagte Nabholz dann aber doch: «Wie gross der Mehraufwand auf Seiten Behörde sein wird, hängt von der endgültigen Version ab. Wir gehen davon aus, dass die heutige Version nochmals angepasst wird.» ×

Kommentar

Der Bund übertreibt: Die schärferen Massnahmen zum Lärmschutz sind bevormundend und praxisfern.

“

Als die eidgenössische Schall- und Laserverordnung 1996 eingeführt wurde, war sie das weltweit strengste Regelwerk für Konzertveranstaltungen. Mit der Überführung in die Verordnung zum Bundesgesetz über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall (V-NISSG) will das Bundesamt für Gesundheit einige «Präzisierungen» und «geringfügige Anpassungen» vornehmen.

Das heisst: Der Bund will die Schrauben noch viel mehr anziehen – und er überdreht dabei. Elektrisch verstärkter Schall scheint derzeit die grösste Gefahr für die Gesundheit der Schweizer Bevölkerung zu sein. Und so soll bei solchen Anlässen künftig überall mit Messgeräten auf Labor-Level gemessen und bewiesen werden, innerhalb der Limiten zu bleiben.

Das ist etwa, als würde jedem Auto ein Fahrtenschreiber eingebaut, der – präziser als handelsübliche Tachos – jede Gesetzesübertretung ohne Toleranz misst und festhält. Nicht einmal die Chemieindustrie muss sich an solche strenge Kontrollauflagen halten, wie es Gastro- und Kulturbetriebe nach den Vorstellungen des Bundes ab 2019 müssten. Doch ohne dieses rigorose Regime der Selbstkontrolle wären all die Betriebe, Konzerte und Veranstaltungen, gar nicht zu überwachen.

Selbstverantwortung macht Sinn, denn die Empfindlichkeit variiert von Person zu Person.

Wer sich gewollt an Veranstaltungen über 95 Dezibel begibt, wird über die Gefahren informiert und erhält gratis Gehörschutz. Das hat sich in den letzten 20 Jahren etabliert. Die Propfen sind überall und werden genutzt. Die Leute schützen ihr Gehör, so wie sich heute kaum noch jemand ohne UV-Schutz in die Sonne legt.

Die Selbstverantwortung macht Sinn, auch weil die Empfindlichkeit des Gehörs gemäss Experten von Person zu Person variiert. Die individuelle Verletzlichkeit des Gehörs beeinflusst, ob der Schall positiv oder negativ empfunden wird. Weitere Faktoren sind Müdigkeit, Stress, Rauchen, Alkohol, eine Erkältung, Dehydrierung oder die Luftqualität. Auf all diese Faktoren kann man kein Messgerät kalibrieren.



Olivier Joliat, Redaktor

Auch darum ist Eigenverantwortung die beste Lösung. Auch bei klassischen Orchestern könnten Plexiglasscheiben oder Schluckwände aufgestellt werden, wie es heute bei verstärkten Konzerten manchmal der Fall ist. Doch dort kommen Klang-, Kultur- und Konzerterlebnis vor Bevormundung der Bürger.

Es braucht keine schärferen Regeln

Prävention und Warnung mündiger Kultur- und Gastro-Nutzer wäre auch für Veranstaltungen mit elektrisch verstärkter Musik eine pragmatische, finanzierbare und praxisgerechte Lösung. Denn entgegen den Vorstellungen des Bundes ist es in vielen oft bespielten Räumen fern jeder Realität, ein unverstärktes Schlagzeug ohne massive Einbussen der Klangqualität für Künstler wie Publikum unter 100 Dezibel zu drücken. Ein Konzertverbot wäre realistischer als die vorgeschlagene Verordnung.

Der Bund muss beim Schallschutz nochmals massiv über die Bücher und dabei nicht jene Labor-Akustiker beurteilen lassen, welche Messgeräte für Konzerte am geeignetsten sind, die am Ende die empfohlenen Geräte an ihrem Institut eichen dürfen.

Bis zum 31. Mai läuft die Vernehmlassung. Und eigentlich reichen die Eröffnungssätze der Stellungnahmen vieler betroffener Verbände, inklusive jenen von Akustikexperten: «Mit der heutigen Schall- und Laserverordnung liegen breit akzeptierte und technisch umsetzbare Bestimmungen vor. Aus unserer Sicht spricht nichts gegen eine Überführung der bestehenden Regeln in die V-NISSG.» Neue, schärfere Regeln braucht es nicht. ×

”



«Jedes Mal ein neues Lächeln.» Die rüpelhaften Piraten hatten das Herz unserer Autorin gewonnen.

FOTO: © EUROPA PARK

Europapark

In Rust hat am Wochenende ein Feuer gewütet. Die «Piraten in Batavia» wurden komplett zerstört. Die Erinnerungen unserer Autorin sind so lebendig wie nie. Ein Nachruf.

Ruhet in Frieden, meine Seeräuber von Batavia!

von Ronja Beck

Oh-oh, Norwegen und Holland brennen.» Schwester und Mutter schauen mich mit aufgerissenen Augen an. «Na, im Europapark, das hört ja gar nicht mehr auf – es brennt alles nieder!» Grosses Gelächter. «Achsooo, ha-ha! Jetzt dachte ich schon, ha-ha!», prustet die Schwester.

Es ist Samstag, ein mückenschwanger Sommerabend im Garten der Eltern. Wir sind gekommen, um zu sehen, wie Topstürmer Mohamed Salah in der 30. Minute weinend vom Rasen schlurft und Liverpool das Genick bricht. Aber das ist eine andere Geschichte.

Eine absolut unwichtige Geschichte. Denn ein Feuer wütet an diesem Abend durch den Europapark und lässt sich auch von Hunderten Feuerwehrmännern nicht zähmen. Die Flammen zerstören eine Lagerhalle. Sie fressen Norwegen. Und sie gieren nach mehr. Also nehmen sie sich das Einzige, was in diesem fürchterlichen Vergnügungspark für mich wirklich von Bedeutung war: die «Piraten in Batavia». Die Seeräuber verbrennen in den Flammen. Meine Seeräuber.

Das Beste, um die Geister zu wecken

Ich mag den Europapark in Rust nicht. Es hat zu viele Menschen, das Essen ist mies, die Paraden sind dämlich, die Warteschlangen endlos. Und wenn ich das Kunsthistorikerin in mir sterben. Trotzdem fahre ich alle paar Jahre wieder hin. So eine Fahrt auf einer Achterbahn mit Fliehkräften von bis zu 4g – bei der man also das Vierfache seines Körpergewichts spürt – ist das Beste, um die Geister wachzurütteln. Und die Glücksgefühle danach: unbeschreiblich, muss man erlebt haben.

Es gibt jedoch immer den Moment, in dem die Geister finden: Jetzt mol duerschnuufe, Maitli. Dann ist es Zeit für einen Besuch bei meinen ungehobelten Freunden in Holland.

Die Piraten in Batavia, eine Wasserbahn in einer Halle im Themenbereich Niederlande, wurde von der Europapark-Familie Mack gebaut und 1987 eröffnet. In wackeligen Booten schipperte man durch ein Niederländisch-Indien des 17. Jahrhunderts, das von rüpelhaften Piraten heimgesucht wurde. Sie kämpften gegen die Kolonialisten, plünderten, sofften und vergingen sich an den Frauen. Die Geschichte spielt im damaligen Batavia, dem heutigen Jakarta, die Figuren sind Puppen aus Stoff, die ein technisches Rückgrat lebendig werden liess.

Liess. Selten tat mir ein Präteritum mehr weh. Denn jetzt sind sie tot.

Im letzten Oktober stieg ich mit drei Freunden zum letzten Mal in ein Boot. Es hatte geregnet, wir fuhren mit 127 km/h auf der ungedeckten Silverstar und waren uns danach wortlos einig: jetzt ab nach Batavia.

Bei der Abfahrt des Wasserfalls schrie ich zu Beginn ein bisschen. Nicht, weil ich

musste. Aber es gehörte einfach dazu. Auf der linken Seite pöbelten die Piraten auf ihrem Schiff und fuchtelten mit den Knarren. Wobei fuchteln nicht ganz das passende Wort ist. Es war doch eher ein knarriges Auf- und Abfahren der eingerosteten Puppengelenke. In Batavia ruhte eben noch das letzte bisschen Charme, das mit der Digitalisierung verloren ging. Das unvollendete Handwerk, das der Fantasie noch Raum liess.

Für mich ist klar: Der Europapark wird nie wieder derselbe sein.

Und dann noch diese Details! «Pass auf, du Vogelscheuche – jetzt gibts holländisches Blei!», schrie der Kolonialherr mit prächtigem Hut von der Rechten. Kanonenkrachen donnerte durch die Halle. Irgendwo weiter hinten dröhnten Akkordeon und Rasseln. Von oben leerte ein Seeräuber lallend seine Karaffe aus, der Strahl streifte mich fast. Ein Tiger wurde vom Scheinwerfer beleuchtet und röhnte. Eine Frau im rosa Kleid schaukelte auf dem Schoss eines Piraten:

«Give me a kiss», raunte er.

«Erst musst du mich heiraten!»

«Oh shit, forget it.»

Künstliche Flammen loderten im Fenster eines Hauses. «Hilfe, Hilfe! Das ganze Haus steht in Flammen!», schrie eine Frauenstimme. Wie beeindruckend ich diese Effekte früher fand. Vielleicht fragte ich mich als Kind sogar, ob diese Flammen echt waren.

Das schafften nur meine Piraten

Am Samstagabend waren sie es. Und richteten einen Schaden in Millionenhöhe an. Über 500 Einsatzkräfte waren im Einsatz, sieben erlitten eine leichte Rauchvergiftung. Der Park wurde am Sonntag zwar wieder geöffnet, doch Norwegen und Holland und damit verschiedene Fahrgeschäfte bleiben erst einmal mal gesperrt. Oder wurden, wie im Falle der Piraten, komplett zerstört. Was auf sie folgen wird, bleibt ungewiss. Für mich ist klar: Der Europapark wird nie wieder derselbe sein.

Zurück im Oktober. Nach sieben Minuten hielt das Boot wieder. Die Hosen waren nicht mehr ganz so nass wie direkt nach der Achterbahn. Und die Glücksgefühle, die waren auch ohne 4g da.

Die Fahrt war wie eine gute Komödie: Jedes Mal ein neuer Gag, ein neues Element, das man in den zehn Fahrten zuvor nicht bemerkt hatte. Jedes Mal ein neues Lächeln. Das schafften nur meine Piraten in Batavia. x

ANZEIGE



Schweizerische
Herzstiftung

Aktiv gegen Herzkrankheiten und Hirnschlag



Öffentliche Vortragsveranstaltung

Herzklappe defekt – was tun?

Mittwoch, 6. Juni 2018, 19.00 bis ca. 20.30 Uhr
Congress Center Basel, Messeplatz 21, 4005 Basel

Die Schweizerische Herzstiftung ist für Sie da
Begrüssung und Einführung durch Dr. Robert C. Keller, Geschäftsführer

Behandlung von Herzklappenerkrankungen

- ___ Welche Erkrankungen und Defekte der Herzklappen gibt es?
- ___ Wie können Herzklappen repariert oder ersetzt werden?
- ___ Welche Arten von Herzklappenprothesen gibt es?
- ___ Wann ist eine Operation am offenen Herzen nötig?
- ___ Wann reicht ein minimal-invasiver Eingriff?
- ___ Was muss nach dem Eingriff beachtet werden?

Prof. Dr. Raban Jeger, Leiter Herzklappenzentrum, Universitätsspital Basel
PD Dr. Oliver Reuthebuch, stv. Chefarzt Herzchirurgie, Universitätsspital Basel

Diskussion und Fragen aus dem Publikum
Moderiert von Prof. Dr. Andreas Hoffmann, Kardiologe, Basel

Im Anschluss sind Sie herzlich zu einem Apéro eingeladen. Eintritt frei ohne Anmeldung. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Die Veranstaltung findet im Rahmen der gemeinsamen Jahrestagung der Schweizerischen Gesellschaft für Kardiologie und der Schweizerischen Gesellschaft für Herz- und thorakale Gefässchirurgie statt.

www.swissheart.ch

Mit freundlicher
Unterstützung von





Auch Kommissarin Saga Norén hat Mühe mit Babys.

Auch das noch

Unser Autor liebt Serien. Und sein Kind. Aber beides gleichzeitig ist der blanke Horror.

Schreit mein Baby oder die Frau im TV?

von Gabriel Brönnimann

Eigentlich wollte ich ja etwas über «Bron/Broen» schreiben. Die TV-Serie, die derart dunkel und abgründig ist, dass einem die eigenen Probleme bald unerheblich vorkommen. Sofa-Katharsis vom Feinsten. Endlich zeigt die BBC die vierte und leider letzte Staffel dieser Scandi-Noir-Thriller-Serie («The Bridge», in original Dänisch und Schwedisch mit englischen Untertiteln) mit Kommissarin Saga Norén (Sofia Helin) und vielen anderen alten Bekannten. Eine Riesenfreude. Doch wie so vieles in den letzten zwölf Monaten ist das so eine Sache mit der Freude über Dinge, die nicht direkt mit dem Kind (11,5 Monate) zu tun haben.

Episode eins der vierten Staffel von «Bron/Broen» dauert knapp eine Stunde.

Eigentlich. Nach fünf Minuten: Moment, da schreit doch nicht nur diese Frau, die gerade gesteinigt wird (ja, gesteinigt), da schreit noch jemand. Volumen runter. Ja, das Kind. Ein herzerweichender Ton, der langsam zum Schrei anschwillt. Pausenkopf. Ja, ich eile.

Fünf Minuten später, der Nuggi ist gefunden, der Faden verloren. Wie gewohnt sind die Handlungsstränge bei «Bron/Broen» schnell und abenteuerlich gewoben. Noch bevor ich mich entscheiden kann, ob ich den Taxifahrer verdächtig finden soll oder einen der Zwillingbrüder oder vielleicht gar einen der Polizisten, kommt es in der Wohnung schon wieder zu einem persönlichen Drama.

Diesmal hat der Ton nichts Herzerweichendes. Dieser Ton dringt in jeden Winkel des Wesens, schaltet tief im Nervensystem auf höchste Alarmstufe. Grösstmögli-

che Terrorabwehr ist jetzt gefragt. Er ist derart fürchterlich, dass kein Plot überlebt. Synapsen machen Kurzschlüsse, der TV stellt wie von selbst auf Pause.

Es ist der absolute Ton, ein Ur-Schrei, der dem, der ihm ausgesetzt ist, nur zwei Möglichkeiten lässt: Fight or Flight, Kampf oder Flucht. Und wer will schon aus seinem eigenen Heim vor seinem eigenen Nachwuchs flüchten? Jedenfalls wenn es draussen regnet und drinnen «Bron/Broen» läuft.

Letzte Hoffnung Flasche

Also Kampf. Schnelle Finger schnappen sich die vorbereitete Flasche in der Küche, eilende Füße stolpern Richtung Kinderzimmer. Dort liegt das Kind, das Gesichtlein rot, die Gesichtleinszüge bis zum Anschlag verzerrt, die verkrampften Händlein zur Zimmerdecke gestreckt.

Die Elefantlein, die vom Mobile an der Zimmerdecke hängen, bleiben ungerührt, obwohl sich das Kind so benimmt, als würde es gerade gesteinigt. Mindestens. Der einzig Gerührte setzt derweilen alle zur Verfügung stehenden legalen Mittel ein, um dem Schrecken endlich ein Ende zu bereiten. Liebliche Laute, Wiegen und Wogen: Dieser Zug ist längst abgefahren. Die Reaktion auf die eilig einmassierte Zahncreme zeigt schnell: Die Zähne sind nicht das Problem.

Für kurze Zeit überschreitet das Kind die Maximallautstärke, durchbricht mit Schall die Schallmauer. Hier, im kleinen Zimmer mit den bunten Elefantchen, mitten in Basel-Stadt, um halb elf Uhr nachts, bricht ein Winzling in Windeln die physikalischen Gesetze der Akustik. Apropos Windeln: Die waren selbstverständlich auch nicht das Problem. Es war wie immer der Hunger. Die letzte Hoffnung steckt in der Flasche. Der gut geschüttelte, wohltemperierte Cocktail: o8/15-Noir-Inventar, einfach ohne Alkohol.

Nach einigen Verrenkungen und einem kleinen Luft-Ringkampf drei Babylängen über dem Parkett fällt auch dem Kind wieder ein, dass es ja an grossem Hunger leidet respektive kurz vor dem Hungertod noch seine letzten Schreie von sich gab. Dieses Ende noch einmal abwendend greift es mit beiden Händchen nach dem Schoppen, stillt sich mit Hingabe.

Der grösste Schatz

Stille. Endlich. Nur ein glückliches Glucksen und ein Tinnitus durchbrechen sie. Ich sitze wieder auf dem Sofa vor dem TV. Nur selten habe ich eine Krimiserie so gerne empfohlen wie «Bron/Broen». Aber zur vierten Staffel kann ich mich leider noch nicht ausführlich oder zusammenhängend äussern. Was ich davon bisher mitbekommen habe, macht auf mich allerdings einen hervorragenden Eindruck.

Sämtlichen Protagonisten und Nebenfiguren der Serie geht es innert kürzester Zeit derart hundsmiserabel, dass einem auch sein Schrei-Baby ins rechte Licht gerückt wird. Es ist der grösste Schatz. ×

Dieses Städtchen an der Kanalküste Richtung England ist einen Zwischenstopp wert – auch bei schlechtem Wetter.

Calais: Eine Stadt vorzüglicher Küche und wahren Bürgersinns

von Martin Stohler

Von Calais ist es nur ein kurzer Sprung hinüber zur englischen Küste. Das machte die nordfranzösische Stadt zu einem beliebten Fährhafen für Bahnreisen von Paris nach London. Seit 1994 müssen Reisende allerdings an der Kanalküste nicht mehr von der Schiene aufs Schiff umsteigen, sondern können mit der Bahn durch einen Tunnel unter dem Meer nach England rasen.

Da wir es nicht eilig hatten, entschieden wir uns aber für die Überfahrt mit der Fähre und legten zuvor einen Zwischenhalt in Calais ein. Das Aprilwetter meinte es zunächst nicht gut und empfing uns mit Regen. Später konnten wir uns auch ohne Regenschirm bewegen. An der Küste ändert sich das Wetter manchmal rasch.

Erste Station unseres kleinen Rundgangs war das Rathaus mit seinem Glockenturm, dem Beffroi. Erbaut im Stil der flämischen Renaissance, lässt das Gebäude an längst vergangene Zeiten denken; es stammt aber lediglich aus dem ersten Viertel des 20. Jahrhunderts. Davor steht das von Auguste Rodin geschaffene und 1895 dem Publikum übergebene «Monument aux Bourgeois de Calais».

Ein Denkmal der Opferbereitschaft

Das Denkmal bezieht sich auf eine Begebenheit aus der Stadtgeschichte, die früher als herausragendes Beispiel für Opferbereitschaft und Bürgersinn gepriesen wurde. Elf Monate lang hatte Calais der Belagerung durch Eduard III., König von England und Wales, und seit 1340 auch König von Frankreich, standgehalten. Doch im August 1347 waren die Belagerten am Ende ihrer Kräfte.

Um die Plünderung und Zerstörung der Stadt zu verhindern, boten sich sechs vornehme Bürger dem König als Geiseln an. Dieser liess sie barfuss, nur mit einem Hemd bekleidet und mit einem Strick um den Hals in sein Heerlager kommen. Der Tod wäre ihnen gewiss gewesen, hätte nicht die gutherzige Königin Philippa ihren Gemahl milde gestimmt.

Rodins Bronzeplastik, von der mehrere Abgüsse existieren – einer steht bekanntlich im Hof des Basler Kunstmuseums – ist

auch ein Saal im Musée des Beaux-Arts an der Rue Richelieu gewidmet.

Gerne hätten wir uns auch das vielversprechende Museum Cité de la dentelle et de la mode angesehen. Doch diesen Besuch mussten wir auf ein anderes Mal verschieben. Denn leider ist dieses Museum, anders als in Frankreich üblich, jeweils am Dienstag geschlossen.

Wie bestellt und nicht abgeholt

So nutzten wir die verbliebene Zeit, uns einen Überblick über das gastronomische Angebot zu verschaffen und einen Blick auf zwei sehr spezielle Bauwerke zu werfen. Das eine ist die Kirche Notre-Dame, die mit ihrem Zisternen-Anbau mehr einer Festung als einem Gotteshaus gleicht, das andere ist die Tour de Guet, ein 39 Meter hoher Turm, der im 13. Jahrhundert als Teil einer – in der Zwischenzeit abgetragenen – Festung gebaut wurde und jetzt wie bestellt und nicht abgeholt auf der Place d'Armes steht.

Rund um diesen Platz gibt es mehrere Restaurants. Wir entschieden uns für ein Lokal mit dem klangvollen Namen «Au Coq d'Or» und vorzüglicher Küche.

Als wir am nächsten Morgen zur Anlegestelle der Fähre fuhren, regnete es erneut. Beim Einchecken wurden unsere Pässe genau geprüft. Hohe Gitterzäune hindern Unbefugte daran, das Hafengelände zu betreten. Ohne die richtigen Papiere soll von hier niemand nach Grossbritannien kommen. ×

Übernachtung

Mit der preiswerten Unterkunft im Hôtel Victoria an der Rue de Madrid 10 waren wir sehr zufrieden.

Überfahrt

Die P & O Ferries verkehren mehrmals am Tag zwischen Calais und Dover.

Diese edlen Bürger stehen auch in Basel, kommen aber aus Calais. FOTO: M. STOHLER



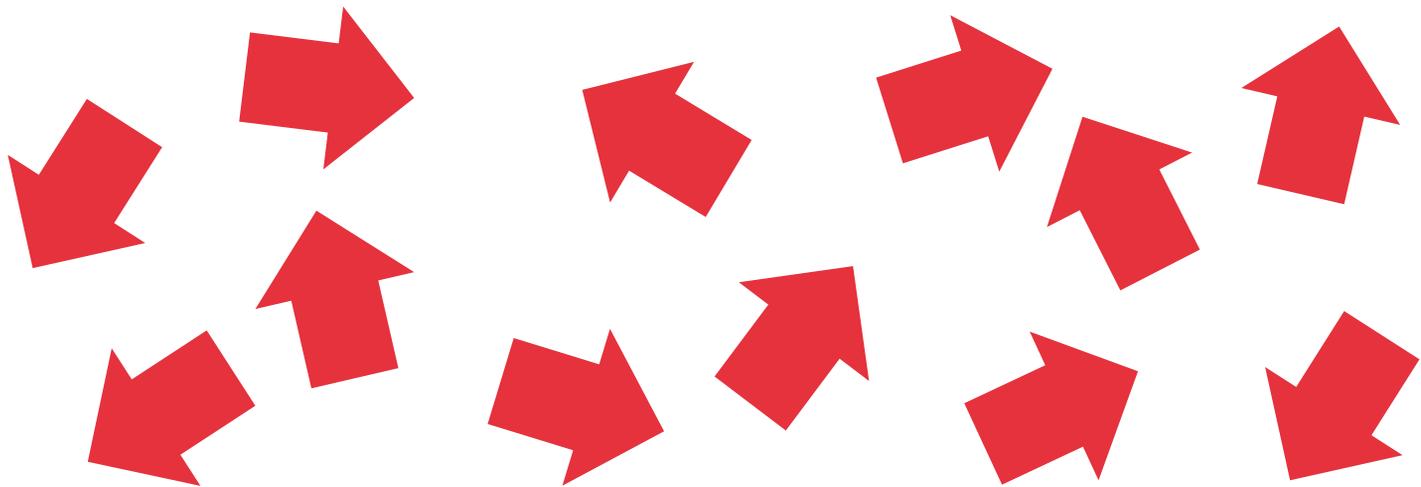


MacherSchaft
Offene Werkstatt & Atelier

HOLZWerkstatt | **VELO**Werkstatt | **TEXTIL**Werkstatt | **METALL**Werkstatt | **GLAS**Werkstatt | **TÖPFER**Werkstatt

Die offene Werkstatt der MacherSchaft bietet dir den Raum, die Werkzeuge und Maschinen, um deine handwerklichen Projekte Realität werden zu lassen.

www.macherschaft.ch



Weil das Leben nicht immer gradlinig verläuft.

Die Fachstelle für Selbsthilfe in der Region Basel ist für Sie da: Mit Kontakten zu über 170 Selbsthilfegruppen zu körperlichen, psychischen und sozialen Themen.
www.zentrumselbsthilfe.ch

 **Zentrum Selbsthilfe**
Finde andere. Finde dich.

AZA
CH-4056 Basel
PP/Journal

Post CH AG

TagesWoche
Neue Medien Basel AG
Spitalstrasse 18, 4056 Basel
Kundendienst: 061 561 61 61
Redaktion: 061 561 61 80
tageswoche.ch



ANZEIGE

TagesWoche



In Zukunft können
Sie Ihre BaZeli
bei uns einzahlen.

Abonnieren Sie jetzt.

Informieren Sie sich auf www.tageswoche.ch/abo